

## **ERGEBNISBERICHT**

### ***Für 4 Fokusgruppendifkussionen im Rahmen des Deutschland-Monitors 2024***

***Durchgeführt für das:***



**Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

**Großer Berlin 14**

**06108 Halle**

**Berlin, 23.10.2024**

## Inhalt

1	Untersuchungsdesign.....	3
1.1	Hintergrund und Zielstellungen .....	3
1.2	Durchführung und Zusammensetzung der Fokusgruppen.....	3
2	Kernergebnisse.....	5
3	Die Ergebnisse im Detail .....	6
3.1	Einleitung/Vorbemerkung.....	6
3.2	Zukunftserwartungen – <i>Es geht bergab</i> .....	6
3.3	Zusammenhalt und Wir-Gefühl .....	8
3.4	Soziale Medien.....	10
3.5	Politische Sphäre/ politisch-demokratisches System .....	12
3.5.1	Unwirksame/Ineffiziente Politik .....	12
3.5.2	Rolle und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger .....	22
3.5.3	Meinungs- und Pressefreiheit .....	23
3.5.4	Demokratie und Verfassungsordnung .....	27
3.6	Soziale Gerechtigkeit und Rolle des Staates .....	30
3.7	Migration und Integration .....	34
3.8	Klimaschutz .....	36
4	Fazit .....	36
5	Literaturverzeichnis .....	37

## **1 Untersuchungsdesign**

### **1.1 Hintergrund und Zielstellungen**

Der Deutschland-Monitor wurde erstmalig im Jahr 2020 im Auftrag der Regierungskommission „30 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit“ durchgeführt. Die jährliche Befragung soll langfristige Entwicklungen gesellschaftlicher Stimmungslagen und politischer Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Gesamtdeutschland erfassen. Der inhaltliche Schwerpunkt des Deutschland-Monitors 2024 ist das Thema „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Dabei sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich der gesellschaftlichen Vorstellungen, Grundhaltungen und Werte der Menschen herausgearbeitet werden sowie der Einfluss von soziodemographischen Merkmalen (wie Alter, Geschlecht, Bildung und sozioökonomischer Status), regionaler Herkunft und Sozialisationserfahrungen, einschließlich der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Neben Ergebnissen aus der repräsentativen Befragung wurden auch in diesem Jahr qualitative Forschungsdaten erhoben, um die quantitativen Daten erklärend anzureichern und zu kontextualisieren. Dafür wurden im September 2024 insgesamt vier Fokusgruppendifkussionen in verschiedenen Regionen Deutschlands durchgeführt.

Die Befragung folgte einer offen-explorativen Methode mit Brainstorming-Charakter, geleitet von der Frage nach persönlichen Vorstellungen einer idealen Gesellschaft. Im Verlauf der Diskussion entstand eine visuelle Mind-Map, die alle für die Befragten relevanten gesellschaftlichen Themenfelder abbildete. Entlang dieser Mind-Map wurden in einem zielgruppengeleiteten, organisch verlaufenden Gespräch für jeden Themenbereich Idealvorstellungen, damit zusammenhängende Problem- und Ursachenwahrnehmungen sowie mögliche Lösungsansätze erarbeitet.

Als zusätzliche Stimuli für die Exploration von Haltungen und Einstellungen wurden zu folgenden Aspekten erste Umfrageergebnisse aus der Repräsentativerhebung in die Diskussion gegeben: Meinungs- und Pressefreiheit, Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Regulierung sozialer Medien und Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung.

### **1.2 Durchführung und Zusammensetzung der Fokusgruppen**

Der qualitative Forschungsteil des Deutschland-Monitors 2024 umfasste vier bevölkerungsrepräsentativ strukturierte Fokusgruppen (breite Streuung bzgl. Alter und Bildungsabschlüssen), die vor Ort an vier Standorten Deutschlands durchgeführt wurden. Bei der Standortauswahl wurden zu gleichen Teilen ostdeutsche und westdeutsche sowie strukturstarke und strukturschwache Standorte/ Landkreise berücksichtigt. Die Teilnehmenden stammten aus Orten unterschiedlicher Größe innerhalb eines Landkreises

(von Dorf bis Mittelstadt) bzw. aus unterschiedlichen Stadtteilen der kreisfreien Stadt.

<b>FG 1 West/ strukturstark</b>	<b>FG 2 West/ strukturschwach</b>	<b>FG 3 Ost/ strukturstark</b>	<b>FG 4 Ost/ strukturschwach</b>
Landkreis/ kreisfreie Stadt			
LK Neu-Ulm	KS Delmenhorst	LK Potsdam-Mittelmark	LK Wittenberg
Veranstaltungsort/ Bundesland			
Neu-Ulm/ Bayern	Delmenhorst/ Niedersachsen	Potsdam/ Brandenburg	Wittenberg/ Sachsen-Anhalt
Teilnehmende (Geschlecht, Alter, höchster Bildungsabschluss)			
1x männlich, 18-29 J., 10. Klasse	1x weiblich, 18-29 J., Abitur/Fachabitur	1x weiblich, 18-29 J., Abitur/Fachabitur	1x männlich, 18-29 J., Abitur/Fachabitur
1x weiblich, 18-29 J., Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x männlich, 18-29 J., 10. Klasse	1x weiblich, 18-29 J., Abitur/Fachabitur	1x männlich, 18-29 J., 9. Klasse
1x männlich, 30-39 J., 10. Klasse	1x weiblich, 18-29 J., 9. Klasse	1x männlich, 18-29 J. Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x weiblich, 30-39 J., 10. Klasse
1x weiblich, 40-49 J., Abitur/Fachabitur	1x männlich, 30-39 J., 10. Klasse	1x weiblich, 40-49 J., Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x weiblich, 40-49 J., 10. Klasse
1x männlich, 40-49 J., Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x weiblich, 40-49 J., 10. Klasse	1x weiblich, 40-49 J., 10. Klasse	1x weiblich, 40-49 J., 10. Klasse
1x weiblich, 60-75 J., 9. Klasse	1x männlich, 40-49 J., Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x männlich, 50-59 J., 10. Klasse	1x männlich, 40-49 J., 10. Klasse
1x weiblich, 60-75 J., Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x weiblich, 50-59 J., 10. Klasse	1x männlich, 60-75 J., Fachhochschul-/ Hochschulabschluss	1x männlich, 50-59 J., 9. Klasse
1x männlich, 60-75 J., 10. Klasse	1x männlich, 60-75 J., 9. Klasse	1x männlich, 60-75 J., 10. Klasse	1x weiblich, 60-75 J., 10. Klasse

Die Fokusgruppen dauerten jeweils ca. 120 Minuten und wurden unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen live an den Auftraggeber übertragen.

Der vorliegende Bericht bildet die vollständige Analyse der aus den Fokusgruppen gewonnenen qualitativen Daten ab.

## 2 Kernergebnisse

Vor dem Hintergrund zunehmender Krisen und drohender Wohlstandsverluste manifestiert sich bei Befragten an allen Standorten das Gefühl einer allgemeinen Abwärtsentwicklung und einer schwindenden Gestaltbarkeit der Zukunft. Gleichzeitig wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt als zunehmend brüchig empfunden, was den Wunsch nach einem starken Wir-Gefühl zu einer breit geteilten gesellschaftlichen Zielvorstellung macht.

Die Politik scheint die Bevölkerung und das Land nicht wirksam vor dieser Abwärtsentwicklung schützen zu können, was Enttäuschung und Ungeduld auslöst. Das wahrgenommene Fehlen effizienter Lösungen führt zu der Annahme, politisches Handeln würde immer weniger von Sachorientierung und immer stärker von Wirtschafts-, Macht- und Partei-Interessen geleitet. Eine breit geteilte gesellschaftliche Zielvorstellung ist somit auch eine „intakte Politik“, die nach den Interessen „ihrer Basis“ handelt und sich dazu eng mit ihr „rückkoppelt“.

Beim Thema „Meinungs- und Pressefreiheit“ teilen Befragte aus verschiedenen Standorten und Milieus den Eindruck, dass gesellschaftliche Debatten von einer herrschenden Denk- und Sprechrichtung dominiert werden, die vorwiegend liberal-progressiv/westlich-transatlantisch ausgerichtet ist und „abweichende“ Ansichten, etwa Kritik zu Migrations-, Ukraine- oder Israel-Politik, als „falsch“, uninformiert oder „rechts“ abwertet. Öffentlich-rechtliche Medien gelten als Sprachrohr dieser Denkrichtung und werden häufig beschuldigt, sowohl „unliebsame“ Meinungen als auch Fakten zu unterdrücken, weshalb ein Teil der Befragten die Meinungs- und Pressefreiheit als bedroht oder faktisch eingeschränkt wahrnimmt.

Die Befragten definieren Demokratie sehr umfassend und setzen sie mit dem gesamten politisch-demokratischen und wirtschaftlichen System gleich, von welchem vor allem erwartet wird, dass es den Menschen ein „gutes“ Leben ermöglicht. Angesichts drohender sozioökonomischer Abwärtsbewegungen und einer als unwirksam empfundenen Politik scheint das System jedoch nicht mehr zu funktionieren und den gewünschten „Output“ zu liefern, womit die wahrgenommene Demokratieperformanz stark unter Druck gerät. Die „Theorie“ dagegen, die Verfassungsordnung selbst, wird nicht infrage gestellt.

Die krisenverursachten, drohenden Wohlstandsverluste schüren die Angst vor dem eigenen sozioökonomischen Abstieg und vor gesellschaftlichen Verwerfungen, was die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einem stärkeren Staat zu einer zentralen gesellschaftlichen Zielvorstellung von Befragten an allen Standorten macht.

Migration mit der Zielvorstellung eines friedlichen Miteinanders ist vor allem für westdeutsche Befragte mit höherer Bildung relevant. Dennoch wird die Zuwanderung in allen Standorten als zunehmendes Problem wahrgenommen, insbesondere wenn sie eher als kostenverursachend statt als nutzbringend empfunden wird.

### **3 Die Ergebnisse im Detail**

#### **3.1 Einleitung/Vorbemerkung**

Auf die offen gestellte Frage nach den Vorstellungen von einer „idealen Gesellschaft“ konnten die Befragten vor allem Wünsche und Zielvorstellungen zu alltagsnahen Themen äußern, die also der Idee eines „guten Lebens“ aus individueller Perspektive nahekommen, wie z.B. Zusammenleben und soziales Miteinander. Die Skizzierung von Idealvorstellungen auf politisch-systemischer, d.h. auf gesellschaftspolitischer Meta-Ebene, gelingt dagegen eher über die Beschreibung von und die Abgrenzung zu aktuell wahrgenommenen Negativzuständen und wurzelt weniger in tatsächlichen „Gesellschaftsentwürfen“.

So strukturiert sich die vorliegende Analyse auch tendenziell nach von den Befragten identifizierten zentralen, gesellschaftspolitischen Problemfeldern, bildet aber auch immer sich auf der Rückseite eines Problems spiegelnde Wunschvorstellungen ab. Außerdem werden – wo relevant – von den Befragten auf Nachfrage hin erarbeitete Lösungsideen wiedergegeben, die eher als vertiefte Ursachenforschung zu verstehen sind, deren Analyse aber Impulse für politisches Handeln geben kann.

#### **3.2 Zukunftserwartungen – *Es geht bergab***

Wenn auch nicht immer initial und vordergründig, wurden in allen Diskussionsrunden ganz generelle und umfassende Zukunftssorgen geäußert. Es manifestiert sich spürbar das vage Gefühl, dass insgesamt etwas „ins Rutschen“ gerät. Für Viele macht die Zukunft kein positives Versprechen mehr, weil sich vor dem Hintergrund wachsender globaler, multipler Krisen (Energie, Inflation, Wirtschaft/Lieferketten, Klima, Kriege) reale und perspektivische Wohlstandsverluste – bis weit in die Mittelschicht – abzeichnen. Außerdem scheint der einst starke und identitätsstiftende Wirtschaftsstandort Deutschland „ins Straucheln“ zu geraten, was sich aus Sicht vieler nicht zuletzt durch substantiell prekäre Zustände in wichtigen, systemrelevanten Bereichen (Infrastruktur, Gesundheit, Rente, Pflege, Bildung) zeigt und das Zukunftsvertrauen zusätzlich schwächt.

Gleichzeitig scheint die nationale Politik dieser Abwärtsentwicklung nicht wirksam und effizient entgegensteuern zu können und wirkt für Viele dagegen eher machtlos und handlungsunfähig (siehe Abschnitt 3.5.1). Aus Sicht vieler Befragter verselbständigt sich „das gesamte System“ – sowohl auf politischer als auch auf verwalterisch-struktureller Ebene (Bürokratie/unverständliche Antragssysteme/Formulare, unzureichende Digitalisierung, ineffiziente Bund-Länder-Strukturen) – und steuert behäbig und unaufhaltsam weiter „bergab“. Damit erfüllt es aus Sicht vieler Befragter nicht mehr seine eigentliche Funktion, dem Wohl der Bevölkerung und des Landes zu dienen.

*„In meiner idealen Gesellschaft gibt es keine Zukunftssorgen, z.B. wegen Rente, Inflation oder Krieg.“ (w, 60-75 J., LK Wittenberg)*

*„Ich wünsche mir eine gewisse Perspektive für die Zukunft. Dazu eine intakte Politik und eine laufende Wirtschaft.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

*„Ich weiß nicht, ob es die Mittelschicht bald noch gibt. Ich glaube, irgendwann wird es darauf hinauslaufen, dass es nur noch zwei Schichten gibt., Reich und Arm.“ (w, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

Die wachsende Spannung zwischen zunehmender sozioökonomischer „Zukunftsdrohung“ bei gleichzeitiger politischer Machtlosigkeit mobilisiert starke Ängste und Affekte in breiten Bevölkerungsschichten. Es ist davon auszugehen, dass diese Stimmungslage und der damit verbundene abnehmende Glaube an die Gestaltbarkeit der Zukunft zahlreiche gesellschaftspolitische Entwicklungen fördert, die in diesem Bericht beschrieben werden, wie etwa die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik-, System- und Demokratieperformanz sowie die ausgeprägte Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einem starken, steuernden Staat. (Siehe Abschnitte 3.5 und 3.6)

Die Ursachen, Anfänge und Meilensteine dieser Entwicklung sind für eine große Mehrheit der Befragten schwer zu bestimmen. Nur sehr vereinzelt werden vage, gedankliche Verbindungen zu den weltwirtschaftlichen Entwicklungen und ersten, spürbaren Globalisierungsfolgen der Nullerjahre hergestellt. Deutlich häufiger wird bei der Suche nach Ursachen für die wahrgenommene Abwärtsentwicklung auf die Corona-Pandemie, die Flüchtlingskrise 2015 oder die Energiekrise/Inflation infolge des russischen Angriffskrieges verwiesen. Unter Befragten in Ostdeutschland – v.a. in strukturschwachen, ländlichen Kontexten – spielt die Transformationskrise infolge der Wiedervereinigung eine zentrale Rolle als Ursachenerzählung für die als negativ wahrgenommene Gegenwart und Zukunft (Siehe Abschnitt 3.6).

*„So vor 15 Jahren fing das an, da sind auch ganz viele Zweite-Welt-Länder der EU beigetreten und viele Menschen eingewandert, die keine gute Bildung haben. Und damals war ja auch diese Weltwirtschaftskrise, 2008, 2009. Da hat das irgendwie angefangen, in eine andere, in eine falsche Richtung zu gehen. Die finanzielle Gier hat sich ausgebreitet und das ist ein ausschlaggebender Grund, warum es in der Gesellschaft immer weiter auseinanderklappt.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

Dass nationalstaatliche, politische Handlungsspielräume unter anderem durch die Folgen internationaler Krisen, die Globalisierungsdynamiken und komplexe wirtschaftliche Verflechtungen globaler Märkte tendenziell kleiner geworden sind, spielt in der Wahrnehmung der Befragten keine Rolle.

### 3.3 Zusammenhalt und Wir-Gefühl

Als sehr zentrale und in allen Gruppen gedanklich präsente Zielvorstellung wird ein „gutes gesellschaftliches Miteinander und Zusammenleben“ genannt, das geprägt ist von Respekt, Toleranz, Akzeptanz, Fairness, Solidarität und Empathie. Die hohe Relevanz dieser sozialen Wertvorstellungen spiegelt die vielfach geäußerte Wahrnehmung eines spürbar abnehmenden gesellschaftlichen Zusammenhalts und schwindenden Wir-Gefühls. Eine Mehrheit der Befragten teilt mit wachsender Sorge den Eindruck, dass der „gesellschaftliche Ton rauer“ wird und die allgemeine Gereiztheit steigt, was vor dem Hintergrund zunehmender Abstiegsängste und perspektivischer Verteilungskämpfe eine gewisse Plausibilität zu bekommen scheint.

*„Man hat das Gefühl, das ist immer weniger ein Miteinander in der Gesellschaft, sondern eher so jeder-gegen-jeden.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Ich finde es einfach wichtig, dass man Menschen mit Respekt begegnet und deren Menschenwürde akzeptiert. Damit meine ich alle gegenüber allen.“ (w, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Den Befragten fällt es sehr schwer, konkrete Manifestationen für den wahrgenommenen, schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt auszumachen. Es handelt sich um eine Entwicklung, die als ganz „allgemein“ und „abstrakt“ wahrgenommen wird, die eher „da draußen“, d.h. „in der Gesellschaft“ stattzufinden scheint und sich weniger auf das nahe Umfeld und die enge Nachbarschaft bezieht.

Für einige Befragte manifestiert sich die gewachsene, generelle gesellschaftliche Gereiztheit und Aggression zum Beispiel generell im öffentlichen Raum und „auf der Straße“.

*„Die Leute rasten einfach bei Kleinigkeiten total aus und brüllen rum, weil sie jemand in der 30-er Zone überholt, obwohl sie 30 gefahren sind und ich denke so: ‚Was ist los?!‘“ (w, 30-39 J., LK Wittenberg)*

Im Wesentlichen kreist die Idee des schwindenden Zusammenhalts aber um die Wahrnehmung, dass sich verschiedene gesellschaftliche Meinungen (und damit auch gesellschaftliche Gruppen) extrem intolerant und unversöhnlich gegenüberstehen – verbunden mit der impliziten Idee der „gesellschaftlichen Spaltung“. Diese zunehmende Intoleranz wird zuallererst in öffentlichen Debatten lokalisiert, primär in den Sozialen Medien (siehe Abschnitt 3.4) aber auch in medial übertragenen gesellschaftspolitischen Debatten (Talkshows) und mit einem enthemmten, respektlosen Ton assoziiert.

*„Es geht einfach immer häufiger unter die Gürtellinie und gar nicht mehr um die Sache.“ (w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

*„Ich habe so das Gefühl, dass es – in der Gesellschaft aber auch in der Politik – eher ein Ich-bin-im-Recht-und-Du-bist-im-Unrecht als ein objektiver Meinungs austausch ist. Auch in der Politik sollten die Regeln der Kommunikation eingehalten werden, wenn zwei miteinander fighten, sollten sie auf*

*„einem respektvollen Level bleiben, dass sie immer noch eine gute Intention ihrem Gegenüber haben und sich nicht öffentlich diffamieren oder schlecht machen.“ (w, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Diese wahrgenommene kommunikatorische Eskalation in öffentlichen Debatten wird vor allem gesellschaftspolitischen Extrempositionen zugeschrieben und häufig mit dem Stichwort „fanatisch“ assoziiert. Die genannten Beispiele kreisen oft um linksliberal-progressive bzw. „woke“ Themen wie Gendern, Veganismus etc.. Vor allem im Kontext dieser „Triggerthemen“ (vgl. Mau, Lux, & Westheuser, 2023) zeigt sich, dass die aufgeheizte Debatte zwar einerseits „woanders“ stattzufinden scheint, gleichzeitig aber auch in das eigene Leben eingreift. Viele der Befragten fühlen sich von diesen Themen und den damit assoziierten, aber oft schwer bestimmbar Akteuren unmittelbar betroffen und angegriffen, da ihre eigenen soziokulturellen Werthaltungen und Gewohnheiten infrage gestellt zu werden scheinen. Diese Dynamik ist eng verbunden mit der Wahrnehmung, dass man bestimmte Dinge „nicht mehr tun oder sagen darf“, was fließend an die Idee der „eingeschränkten Meinungsfreiheit“ anknüpft, welche sich auf weitere Themen (Ukraine, Migration) erstreckt und an allen Standorten sichtbar wird (siehe Abschnitt 3.5.3).

*„Man kann bestimmte Meinungen ja nicht gut finden, aber man muss sie nicht öffentlich an den Pranger stellen und verurteilen und alles so überdramatisieren wie mit dem Gendersternchen.“ (w, 40-49 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Der Umgang miteinander sollte einfach toleranter sein. Wenn ich eine Deutschlandfahne raushänge zum Beispiel, dass einen nicht jede dritte Person, die vorbeiläuft, als rechts bezeichnet.“ (w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

Im Zusammenhang mit „besorgniserregenden Extrempositionen“ werden aber auch der „erstarkende rechte Rand“ bzw. rechte Positionen erwähnt und verbunden mit dem Wunsch nach mehr Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten. Diese Haltung ist deutlich präsenter an strukturstarken Standorten, eher in Westdeutschland und häufig unter Befragten mit höherer Bildung. (Siehe Abschnitt 3.5.4. und 3.7)

*„Ich wünsche mir eine Gesellschaft mit guter Akzeptanz und auch religionsmäßig. So dass alle akzeptiert werden, egal mit welchen Schwächen, Hindernissen etc. und Kulturen.“ (w, 16-25 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Trotz polarisierter Haltungen zu bestimmten Themen gibt es einen breiten Konsens über die Zielvorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, dessen sich die Träger dieses Konsenses – die breite Mitte – oft nicht bewusst sind. Insgesamt überwiegt somit das gedankliche Bild einer gesellschaftlichen Spaltung, die beides zu sein scheint: zum einen gesellschaftliche Realität, v.a. mit Blick auf zunehmende soziale Ungleichheiten und zum anderen auch eine medial verstärkte Vorstellung (vgl. Mau, 2019).

### 3.4 Soziale Medien

Wie bereits erwähnt, stellen die sozialen Medien für die Befragten eine greifbare Manifestation und einen Treiber des gereizten gesellschaftlichen Klimas dar. Sie werden häufig als Kommunikationsraum wahrgenommen, in dem es nicht um die eigentlich gewünschte gesellschaftliche Verständigung geht, sondern um das „Abkanzeln“ und „Niedermachen“ von Menschen mit anderen Haltungen. Neben Hassrede und Aggression machen einer Mehrheit der Befragten vor allem kursierende Falschnachrichten Sorgen. Diese betreffen häufig deren desinformierenden und „verdummenden“ Einfluss auf andere Bevölkerungsgruppen. Oft verlagert sich die Diskussion schnell auf die Gefahren für Kinder und Jugendliche, wobei neben Falschnachrichten auch irreführende und thematisch steuernde sowie süchtig machende Algorithmen eine Rolle spielen.

*„Ich finde es beängstigend, dass diese ganzen Chatgruppen einfach Fake News verbreiten. Dass Nachrichten plötzlich so groß werden können, obwohl sie gar nicht stimmen.“ (w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

*„Durch diese ganzen kurzen TikTok-Videos sinkt die Fähigkeit der jungen Leute, sich mit politischen Themen mal tiefer auseinander zu setzen. So wie die klassische BILD-Schlagzeile: da setzen sich Behauptungen fest, zum Beispiel über Ausländer, die nie belegt worden sind, aber nicht hinterfragt werden. Die Gesellschaft verlernt, sich selbst eine Meinung zu bilden.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

*„Jeder sollte sich ein bisschen an seine eigene Nase fassen. Man ist selbst schuld, wenn man sich so etwas anguckt und das am Ende glaubt.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

Einige Befragte äußern im Zusammenhang mit Fake News auch ihre Verunsicherung darüber, welchen Nachrichten sie vertrauen können, welche also „wahr“ oder „falsch“ sind. Dies führt häufig zu grundsätzlichem Zweifel und Misstrauen. Dieses Phänomen zeigt sich stärker bei Befragten, die öffentlich-rechtlichen-Medien generell kritisch gegenüberstehen und sich deshalb „alternative“ Kanäle suchen. (Siehe Abschnitt 3.5.3).

*„Manche Leute schauen russische Nachrichten und die widersprechen sich komplett mit dem, was in der Tagesschau kommt. Man könnte denken, einer von beiden hat recht, aber wahrscheinlich ist die Wahrheit noch einmal eine andere.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Man kann nicht alles glauben, was man hört. Man weiß nicht mehr, wer die Wahrheit sagt. Das finde ich schwierig. Wir sind alle schon ein bisschen durcheinander. Wenn ich eine Lösung suchen müsste, würde ich für mindestens zwei Monate Internet und Fernsehen abschalten.“ (m, 50-59 J., LK Wittenberg)*

Die auch öffentlich viel diskutierte Undurchsichtigkeit von Algorithmen und die schwierige Überprüfbarkeit von "richtigen" und „falschen“ Meldungen führt oft zu der Wahrnehmung, dass „hinter dem Ganzen“ bestimmte, „versteckte“ Interessen (und damit bestimmte Akteure)

stehen. Einerseits wird vermutet, dass kommerzielle Verkaufsinteressen im Spiel sind. Dies knüpft in einem fließenden Übergang an den allgemeinen Vorwurf an, der auch im Zusammenhang mit politischen und sozialen Themen geäußert wird: dass zunehmend „das Geld“ und die Interessen großer Konzerne die Gesellschaft und insbesondere „die Politik“ dominieren (siehe Abschnitt 3.5.1). Der Fokus auf „versteckten“ kommerziellen Interessen zeigt sich stärker an den Befragungsstandorten in Westdeutschland, aber auch am strukturstarken Standort Ostdeutschlands.

*„Also in meiner idealen Gesellschaft gäbe es keine Privatunternehmen, die irgendwelche Pressekanäle betreiben dürfen. So wie Google oder Elon Musk mit Twitter. Weil die nur nach ihrem Interesse Meinungen verkaufen. Die wollen ja damit Geld verdienen und nicht die Leute über das informieren, was wirklich passiert.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Wir bekommen von den Medien ganz schön viel in unseren Kopf gesät, was ist schön, was ist hässlich. Was muss ich kaufen, um schön zu sein. Das ist Gehirnwäsche, um das Kaufverhalten zu beeinflussen.“ (w, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

*„Da oben am großen Hebel sitzen Menschen, Medienbosse, die bewusst das so machen, um Menschen zu manipulieren, weil sie damit am Ende irgendwie Profit schlagen. Es geht einfach nicht darum, um das Wohl der Gesellschaft. Es geht immer mehr darum, dass irgendjemand am anderen Ende Geld verdient.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

Hinter undurchsichtigen Algorithmen und Fake News werden aber auch „versteckte“ politische Interessen vermutet. Diese Vorstellungen über Absender und Akteure bleiben zunächst oft vage (z.B. „die Medien“), zeigen bei genauerer Nachfrage aber schnell auch Züge von populistischen Denkkonzepten und Verschwörungserzählungen. Diese Wahrnehmung konturiert sich am stärksten im strukturschwachen Landkreis Ostdeutschlands. (Siehe auch Abschnitt 3.5.3).

*„Das Internet verblödet zum Teil und zettelt viel Negatives überhaupt erst an. Durch das Internet gehen viele Fake-News. 20 glauben es, 10 nicht. Zack, gibt es Stress. Das ist provoziert. Das ist mit Absicht. Die Medien lenken.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

Mit Blick auf den allgemein wahrgenommenen „schädlichen Einfluss“ der sozialen Medien für das gesellschaftliche Zusammenleben plädieren die meisten Befragten bei der Suche nach Lösungen spontan für eine stärkere „Kontrolle“ von Falschnachrichten und Hassrede oder sogar für deren Verbot. Auch hier verlagert sich die Diskussion wieder schnell auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen – die konkrete Ausgestaltung einer solchen Kontrolle ist für die Befragten aber schwer zu skizzieren. Sobald das Thema „Regulierung sozialer Medien“ aber explizit mit dem begrifflichen Konstrukt der „Begrenzung von Freiheits- und Grundrechten“

verknüpft wird<sup>1</sup>, regen sich (oft bei denselben Befragten) auch Zweifel und Widerspruch gegen regulierende Maßnahmen. Die Haltung „contra Regulierung“ zeigt sich jedoch insgesamt etwas stärker unter Befragten in Ostdeutschland (eher strukturschwach), die den etablierten Medien (und der etablierten Politik) eher kritisch gegenüberstehen und deren Hauptnachrichtenquellen soziale Medien sind.

*„Ich finde, Fake News müssten verboten werden. Dass man nicht einfach Dinge verbreiten kann, die nicht stimmen. Wie das genau aussehen soll, weiß ich aber auch nicht.“ (w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

*„Da sind wir wieder bei dem Punkt. Da sind wir nicht mehr bei einer Demokratie, sondern bei einer Diktatur. Wenn man die sozialen Medien einschränkt, dann ist die Pressefreiheit wieder weg, die man ja gerade damit ein Stück hat. Das ist nicht das, was wir alle wollen.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

### **3.5 Politische Sphäre/ politisch-demokratisches System**

#### **3.5.1 Unwirksame/ineffiziente Politik**

Beim Themenbereich „Politik“ fällt es den Befragten besonders schwer, Positivvorstellungen zu formulieren. Eher vereinzelt werden innerhalb der spontanen Assoziationen zur gewünschten Gesellschaft vage Begriffe wie „gute Politik“ oder „intakte Politik“ geäußert. Im Kern kreisen alle Assoziationen der Befragten um den Vorwurf, dass „die regierende Politik“ keine wirksamen Lösungen zu finden scheint, die der krisenhaften Abwärtsentwicklung entgegensteuern und spürbare Effekte im eigenen Leben zeigen. Auch Wahlen scheinen daran nichts zu ändern, die Politik scheint generell wenig in der Lage, ihre ursprünglichen Vorhaben umsetzen zu können. Diese Wahrnehmung wird oft verbunden mit dem Gedanken, dass die Politik ihre eigentliche Funktion nicht mehr (gut genug) erfüllt, nämlich „dem Wohl der Bevölkerung und des Lands zu dienen“. In diesem Sinne wird die Politik von einer breiten Mehrheit der Befragten derzeit als „nicht intakt“ wahrgenommen. Bei Vielen erzeugt der Eindruck schwacher politischer Handlungsfähigkeit angesichts des als extrem hoch empfundenen Handlungsdrucks spürbar zunehmende Ungeduld.

*„Viele in meinem Alter haben schon keine Lust mehr, wählen zu gehen. Weil immer irgendwas versprochen wird und nach der Wahl hört und merkt man nichts mehr davon.“ (m, 16-29 J., KS Delmenhorst)*

*„Wenn es der Politik wirklich um die Menschen im Land geht, muss es doch möglich sein, beim Wohnungsbau was voranzubringen, das ist für mich völlig unverständlich! Hier im Raum Potsdam kann sich kein normaler Mensch mehr eine Wohnung leisten, das kann ja nicht sein!“ (m, 50-59 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

---

<sup>1</sup> Vgl. Fragestellung der Repräsentativbefragung zum Deutschlandmonitor 2024, die als Stimulus genutzt wurde.

Vor allem von Befragten in den westdeutschen Standorten (eher im strukturstarken Kontext und/oder mit höherer Bildung) zeigen sich im Zusammenhang mit dieser wachsenden Unzufriedenheit aber auch Akzente stärker systemloyaler Haltungen, die auf sozialisatorische Prägungen mit dem bundesrepublikanischen System zurückgeführt werden können. Hier werden die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Deutschland zum einen eher in Relation gesetzt zu anderen Ländern, verbunden mit dem Gedanken „uns geht’s eigentlich noch gut“. Zum anderen werden krisenhafte Abwärtsentwicklungen in Anklängen auch als unabänderliche Realität anerkannt, die ein Umdenken der Gesellschaft erfordern.

*„Wenn wir uns mal umblicken, verglichen mit Holland oder England hat Deutschland trotzdem ein so dichtes soziales Netz, dass es niemandem richtig schlecht geht. Klar, ist Vieles auch verbesserungswürdig, aber dieses Gejammer, das ist das, was mich in diesem Land tatsächlich immer so stört.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

*„‘Verzicht‘ ist ein wichtiges Stichwort für mich. Vielleicht können wir nicht ständig immer mehr wollen, sondern müssen auch mal zufrieden sein. Auch dass man nicht gleich losrennt und irgendjemanden Schuldigen sucht, sondern, dass man vielleicht sagt: ‚Okay, dann muss vielleicht ein Auto weg.‘ oder: ‚Ich kann dieses Jahr nicht in den Urlaub fahren.‘“ (m, 30-39 J., Neu-Ulm)*

Unabhängig von dieser graduell unterschiedlichen Einordnung aber teilen die Befragten das Gefühl einer zunehmenden „Politik-Enttäuschung“, die hohe Lösungserwartungen an die politische Klasse stellt – nicht zuletzt deshalb, weil die Ursachen der wahrgenommenen, politischen Unwirksamkeit primär im politischen System selbst lokalisiert werden.

### **3.5.1.1 Unwirksame Politik – Vermutete Ursachen**

Auf der Suche nach Ursachen für die im eigenen Leben kaum spürbare Politikwirksamkeit entwickelt sich unter den Befragten die zentrale Vermutung, dass politisches Handeln eine andere Agenda verfolgt als die, dem Land und der Bevölkerung zu dienen. Der Fokus bewege sich zunehmend von Inhalten und Sachinteressen weg, was das Vertrauen in die Politik schwächt. Dieses Erklärungsmotiv zeigt sich im Rahmen der qualitativen Erhebung des Deutschlandmonitors stärker und breiter als im Jahr 2023. Die vermuteten „versteckten“, steuernden Interessen weisen in verschiedene Richtungen:

#### **Lobbyismus**

Ein zentraler Vorwurf, der für die Befragten an allen Standorten von Bedeutung ist, lautet, dass politisches Handeln zunehmend von den Interessen einflussreicher Akteure aus der Wirtschaft geprägt wird. Infolgedessen würden Entscheidungen getroffen, die auf Kosten der Allgemeinheit, insbesondere sozialer Gerechtigkeit und der Umwelt, gehen. Die genannten Beispiele für Lobbyismus reichen von der Automobilbranche über die Pharmaindustrie bis hin zur Rüstungsindustrie. Damit verbunden sind auch Anklänge einer kritischen Sicht auf zu stark

„ausufernde“ bzw. „raumgreifende“ „kapitalistische“ Dynamiken, die mit einer Forderung nach einem stärkeren Staat einhergehen und generelle Fragen sozialer Gerechtigkeit berühren (siehe Abschnitt 3.6).

*„Die großen Konzerne haben viel zu viel Macht in der Politik. Statt das Geld in diese großen Autokonzerne zu verpulvern, nur weil sie einmal kurz husten, sollte man das Geld zum Wohle der Gesellschaft einsetzen.“ (w, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Intakte Politik heißt für mich, dass Kommerz die Politik nicht so leitet. Es sollte nicht immer nur um Kapitalismus gehen, um Geld und Geld und Geld, sondern viel mehr Unterstützung und Förderungen geben. Z.B. für Einkommensschwache, die ihr Leben lang arbeiten und was zur Gesellschaft beitragen und sich trotzdem keine gute Zahnbehandlung leisten können.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

*„Neulich stand in der Neu-Ulmer Zeitung, dass die 30 reichsten DAX-Konzerne dieses Jahr noch acht Milliarden vom Steuerzahler geschenkt kriegen. Und die Durchschnittsrente ist ja nur noch 1.100 Euro, das ist schlimm.“ (m, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Man weiß inzwischen, dass Glyphosat unglaublich schädliches Zeug ist. Der Minister war eigentlich auch dagegen und hat dann doch für das Glyphosat gestimmt, warum weiß ich nicht. Irgendeinen Segeltörn in der Karibik oder sowas wird es schon dafür gegeben haben. Wenn das die Kinder und Enkelkinder wüssten, was da gemacht wird.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Politisches Handeln sollte meiner Meinung nach rein rational und zukunftsorientiert sein und natürlich im Namen der Allgemeinheit, um wirklich die Gesellschaft voranzubringen, anstatt nur sich selber.“ (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

### **Machterhalt und Parteitaktik**

Als weiteres Beispiel für eine sachfremde, politische Agenda wird außerdem häufig auf das Interesse des politischen Machterhalts und damit verbundener Parteitaktik verwiesen, die aus der Sicht vieler Befragter häufig dazu führen, dass am Ende keine lösungswirksamen Entscheidungen getroffen werden, dass also trotz des dringenden Handlungsbedarfs bei vielen Themen „nichts vorangeht“. Die genannten Beispiele beziehen sich häufig auf die aktuelle Ampel-Regierung, die mit „endlosen Diskussionen“ und „gegenseitigen Blockaden“ in Verbindung gebracht wird. Vor dem Hintergrund dieses Wunsches nach mehr ernster, allgemeinwohlfoкусierter Sachorientierung entsteht auch die häufig erhobene Forderung nach mehr Kompromissfähigkeit und Zuhörbereitschaft zwischen politischen Parteien/Gegnern.

*„Grundsätzlich möchtest du ja als Politiker dem Wohle des Landes dienen, dafür bist du ja mal in die Politik gegangen. Bei der Ampel stellt sich jetzt aber heraus, dass es einfach nur um Machterhalt geht und diese drei Parteien gönnen sich gegenseitig nichts. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind eigentlich nur Nuancen, aber trotzdem blockieren sie sich. Einfach aus Ego und Machtgehab. Und das ist verantwortungslos.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

*„Vor allem in dieser Regierung sehen wir ja, dass irgendjemand ein Vorhaben anreißt und dann kommen wir nie zu dem eigentlichen Thema oder zu einem Gesetz, sondern haben nur noch Diskussionen und letzten Endes keine Lösung des Ganzen.“ (w, 40-49 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Bei verschiedenen Standpunkten muss man aufeinander zugehen, vielleicht ein paar Interessen herunterschrauben und auf einen Nenner kommen, um eine Sache zu klären und damit es am Ende funktioniert.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Es muss ein Ringen um die besten Argumente geben und dann muss man aber auch bereit sein, den Beschluss zu akzeptieren. Das ist bei uns in der Gemeindevertretung auch so, dass Parteitaktik dann keine Rolle mehr spielt und das erwarte ich von der Bundespolitik auch. Erst muss man durch Diskussion herausfinden, was ist die beste Lösung und dann wird es gemeinsam umgesetzt und nicht, dass am nächsten Morgen schon wieder der erste anfängt, das Haar in der Suppe zu suchen!“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Eine fehlende, ernsthafte Sachorientierung zeigt sich für einige Befragte aber auch darin, dass (partei-)spezifische Themen und Versprechen nach der Wahl nicht mehr sichtbar, d.h. nicht durch- und umgesetzt werden, was auf den fehlenden Mut politischer Akteure zurückgeführt wird und auf deren Angst, anzuecken (in der Öffentlichkeit, beim Wahlvolk, bei anderen Parteien). Dieser Akzent wird eher in den strukturstarken Standorten sichtbar.

*„Ich wünsche mir eine gewisse Geradlinigkeit. Ein Politiker muss eine erkennbare Linie haben, muss berechenbar sein. Und nicht heute Hü und morgen Hott. Und dann Wahlprogramme auch vielleicht mal umsetzen. Aber heute traut sich auch keine Politiker mehr, irgendwo anzuecken.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Ich finde es auch wichtig, dass Politik Farbe bekennt. Vor der Wahl war überall von Klimaschutz die Rede und am Ende passiert doch nichts.“ (w, 160-29 J., LK Neu-Ulm)*

### **Versteckte politische Agenda**

Bei einigen Befragten an beiden ostdeutschen Standorten – deutlich stärker aber im strukturschwachen Landkreis – geht die Idee einer sachfremden, politischen Agenda fließend in Denkkonzepte über, die sich auf Elemente von populistischen und Verschwörungserzählungen stützen. In dieser Wahrnehmung werden Verantwortliche für die multiplen Krisen und die drohenden Abwärtsbewegungen ausgemacht, die von den Entwicklungen zu profitieren scheinen und/oder denen ein bewusstes Interesse an Panikmache und am „Irreführen“ der Bevölkerung/der „normalen, kleinen Leute“ unterstellt wird (Politik, internationale Banken etc.). Sichtweisen dieser Art gehen häufig einher mit einem generellen gesellschaftspolitischen Unmut und einer pauschalen Abwertung der etablierten Politik, finden sich aber in Ansätzen auch bei Befragten, die sich bei anderen, diskutierten gesellschaftspolitischen Themen eher moderat und „mittig“ äußern (z.B. beim Thema „Panikmache Klimawandel“).

*„Die eigene Unzufriedenheit führt dazu, dass du irgendwelchen anderen Gruppen die Schuld für die*

*ganzen Probleme gibst, was Blödsinn ist. Wenn jemand daran schuld ist, sind es die Leute, die die Fäden für die Weltregierung in der Hand halten. Alles was sich hier spiegelt, kommt von außen, von internationaler Ebene.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Vor 30 Jahren kamen in der Tagesschau 80% positive Nachrichten, das ist heute umgekehrt. Das ist so gewollt. Wir sollen viel unzufriedener werden. Dann kann man uns viel besser ausbeuten. Das kommt von der Führung, da wo das Geld sitzt. Ich habe gelernt hat, wenn es unbeantwortete Fragen gibt, folge dem Geldfluss und dann findest du Antworten.“ (m, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Das mit dem Klima und dem Wetter wird alles sehr hoch gepusht von der Politik. Da haben wir im Freundeskreis auch drüber gesprochen, wenn hier 30 Grad sind, wird das ja alles knallrot dargestellt und früher war das halt nur gelb. Da gibt es auch Vergleiche. Man will das ganz stark in Richtung Klimawandel drücken, um zu zeigen, wir brauchen auf jeden Fall die erneuerbaren Energien, wir brauchen alle ein E-Auto und so weiter.“ (m, 50-59 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

### **Politiker/Politikerinnen haben zu wenig Basisbezug – kennen die Probleme nicht**

Eine häufig genutzte Erklärung für die wahrgenommenen schwachen Effekte politischen Handelns im eigenen Leben ist der scheinbar fehlende Alltags- und Basisbezug von Politikerinnen und Politikern. Diese Denkweise unterstellt eine lebensweltliche Abgehobenheit und Akademisierung der Politik und geht davon aus, dass eine stärkere Kenntnis und direkte Erfahrung des „harten, einfachen Lebens“ den Fokus politischen Handelns wieder auf die Interessen der „normalen Leute“ lenken könnte. Diese Wahrnehmung wird oft von der Forderung begleitet, mehr „Leute von unten“ in die Politik zu holen, in der Annahme, dass sie die Anliegen ihrer Mitmenschen ernsthafter und glaubwürdiger vertreten würden. In dieser Sichtweise vermischen sich häufig auch Elemente pauschal politikablehnender, populistischer Erzählungen über das verschwenderische und abgehobene Leben der Politikerinnen und Politiker.

*„Viele Politiker wissen gar nicht, wie das ist, wenn man Kinder hat und eine Familie versorgen muss und kennen die Probleme von den Leuten gar nicht. Da sind so viele dabei, die haben wirklich noch gar nichts gemacht. Die sind Studenten, die sind 21 oder 22. Und die entscheiden dann einfach Sachen. Das finde ich nicht gut.“ (m, 30-39 J., LK Neu-Ulm)*

*„Ich habe das Gefühl, im Bundestag sitzen Leute, die so langsam den Bezug zum Geld verlieren. Die nicht mehr selber Auto fahren und die Benzinpreise nicht kennen oder zigtausend Euro für den Friseur ausgeben. Ich würde sogar eher Leute bevorzugen, die dann wirklich von hier kommen und sich von unten hinaufgearbeitet haben.“ (m, 50-59 J., LK Potsdam)*

Eng verbunden mit der Idee des fehlenden Basisbezugs der Politik ist der häufig von den Befragten geäußerte Vorwurf, die Politik höre nicht auf das, „was das Volk will“. Zum einen schreibt dieser Vorwurf der Politik implizit eine dienstleistende Rolle als direkte Vertretung persönlicher Interessen zu. Zum anderen wird in dieser Denkweise tendenziell ein einheitlicher Volkswillen unterstellt. Beide gedanklichen und sprachlichen Bilder zeigen sich etwas stärker

an den ostdeutschen Standorten, werden aber auch an den westdeutschen Standorten deutlich sichtbar – vor allem unter jüngeren, westdeutschen Befragten.

*„Wir als Volk sind das größte Organ. Wir können von heute auf morgen sagen, was gemacht wird.“  
(m, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Ich gehe wählen, wähle Partei XY und die soll mich ja vertreten. Die vertritt mich aber gar nicht, die entscheiden dann über irgendwas, man verfolgt das ja nicht die ganze Zeit und wundert sich irgendwann, wie das neue Gesetz ist und denkt: ‚Das entspricht doch gar nicht meinen Interessen!‘ Und ich bin mir sicher, dass das den Interessen der meisten Leute auch nicht entspricht.“ (m, 16-29 J., KS Delmenhorst)*

Schließlich wird im Zusammenhang des Vorwurfs an die Politik, „am Volk vorbei zu regieren“ auch der Gedanke geäußert, die Politik setze die „falschen Prioritäten“ und kümmere sich zu wenig um nationale und zu viel um internationale Belange (Ukraine, „Radwege in Peru“), was oft auf eine „moralische Agenda“/geschichtliche Verantwortung zurückgeführt wird. Dieser Aspekt wird vor allem an den ostdeutschen Standorten betont.

*„Wir unterstützen viel nach rechts und links, gerade die Ukraine z.B.. Aber selbst hat man sehr wenig davon. Uns geht es hier immer schlechter mit dem Land, vor ein paar Jahren ging es uns vielleicht noch besser, aber vielleicht sollte man sich jetzt wieder mehr auf das eigene Land konzentrieren und nicht auf die anderen Länder.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

Sehr vereinzelt werden der Idee, die Regierung müsse nur wieder stärker „auf das Volk hören“ aber auch relativierende Kontrapunkte gesetzt mit dem Hinweis auf die Komplexität politischer Entscheidungen oder auf die Heterogenität der Haltungen in der Bevölkerung. Diese Haltung spiegelt sich erwartungsgemäß am ehesten in Milieus, die durch Sozialisation und sozioökonomischen Status eher systemloyale Haltungen zeigen (eher höhere Bildung, eher mittlere Altersgruppen oder älter, häufiger westdeutsch).

*„Klar, manchmal denken Leute: ‚Was machen die denn da?‘ oder ‚Warum dauert das so lange?‘, aber es gibt da ja komplizierte und langwierige Prozesse im Hintergrund, die man aber vielleicht als Otto-Normalverbraucher nicht merkt. Da müssen ja ganz viele Faktoren und Interessen bedacht werden.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

### **Politiker/Politikerinnen haben zu wenig Fachexpertise**

Der verbreitete Eindruck, dass Politiker und Politikerinnen oft nicht in der Lage sind, für drängende Probleme wirkungsvolle Lösungen zu finden, geht bei Teilen der Befragten auch einher mit der Vermutung, dass die Ursache in zu wenig Fachkenntnis und Sachexpertise liegt. Auch in diese Ursachenerklärung mischen sich schnell populistische Akzente, die oft in den pauschalen Vorwurf der generellen Inkompetenz von Politikern und Politikerinnen münden. Die Wahrnehmung fehlender Expertise findet sich häufiger an ostdeutschen Standorten, wird aber auch v.a. bei jungen Befragten an den westdeutschen Standorten sichtbar.

*„Das Hauptproblem ist, dass offenbar gegenwärtig die meisten Politiker gar keinen eigenen Sachverstand haben. Die allerwenigsten Bundestagsabgeordneten zum Beispiel kommen direkt aus der Wirtschaft oder so treffen aber trotzdem Entscheidungen darüber.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*Das höre ich oft im Freundeskreis, dass viele Politiker eigentlich nicht gelernt haben, was sie tun. Die vermitteln Themen, wo sie eigentlich überhaupt nicht wissen, was da alles zusammenspielt. Die haben zum Beispiel Erzieher gelernt hat und versuchen dann, über Finanzen zu reden.“ (w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

*„Diejenigen, die einen Posten bekommen, sollten sich erst einmal beweisen müssen. Viele sind total unterfahren – die haben ihr Studium geschenkt gekriegt, weil andere die Doktorarbeit für sie geschrieben haben und haben Berater, die ihnen sagen, was sie machen sollen.“ (m, 40-49 J., LK Wittenberg)*

### **3.5.1.2 Unwirksame Politik – Lösungsvorschläge**

#### **Volksentscheide**

Als logische Konsequenz und Lösung des breit wahrgenommenen Problems, dass die Politik „am Volk vorbei“ regiere, werden in allen Standorten spontan Volksentscheide vorgeschlagen. Diese Idee drückt die Hoffnung aus, dass politische Entscheidungen damit stärker an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet würden und nicht an als „sachfremd“ wahrgenommenen Interessen wirtschaftlicher, finanzieller, macht- und parteitaktischer Art. Die genannten Beispiele beziehen sich oft auf Themen, bei denen davon ausgegangen wird, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Entscheidungen der regierenden Politik nicht mitträgt.

*„Also mehr demokratische Entscheidungen sozusagen an die Basis zu geben. Ich verstehe nicht, warum es bei uns auf Bundesebene keine Volksentscheide gibt. Denn beim Bund werden eben auch Gesetze verabschiedet, die nicht immer unbedingt positiv sind, weil ja meistens die Lobbyisten die Gesetze schreiben und nicht die Politiker.“ (m, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Die sollten sich einfach mal umhören, wie die Bevölkerung so denkt, gerade bei großen Entscheidungen, z.B. Ukraine, da muss man fragen, seid ihr mit einverstanden, dass wir durch Waffenlieferungen in die Gefahr mit reingezogen werden, ja oder nein.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Außerdem zeigt hinter der Idee von Volksentscheiden auch das Bedürfnis nach stärkerer Nachvollziehbarkeit und Transparenz politischer Prozesse sowie nach mehr regelmäßiger, kommunikatorischer Rückkopplung der Politik mit dem Wahlvolk – d.h. über eine Art „gedanklicher politischer Teilhabe“ über den Akt des Wählens hinaus.

*„Man wählt, dann macht man vier Jahre gar nichts und dann wird irgendwas entschieden, was nichts mit einem zu tun hat. Vielleicht sollte man wirklich einmal im Jahr über eine wichtige Sache abstimmen lassen.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

*„Für solche Abstimmungen könnten die Themen auch gut zusammengefasst werden, dann versteht man auch wieder worum es geht. Denn ich denke inzwischen oft auch: ‚Ich habe keinen Überblick mehr. Es ist ohnehin egal, was ich selber wichtig finde.‘ Dann habe ich oft auch kein Interesse mehr.“*  
(w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)

*„Für mehr Vertrauen bräuchte es mehr Offenlegung. Woran man gerade arbeitet. Was das Ziel ist, wo es vielleicht gerade stockt. Mehr Informationen an die Bevölkerung für den, den es interessiert“*  
(w, 30-39 J., LK Wittenberg)

Nicht zuletzt verbindet sich mit dem Vorschlag der Durchführung von Volksentscheiden auch die Hoffnung, das politische Interesse von Bevölkerungsschichten gewissermaßen zu „reaktivieren“, die der Politik distanzieren, desinteressiert oder ablehnend gegenüberstehen (z.B. Jüngere Menschen oder generell Nichtwähler). Dieser Gedanke wird häufig begleitet von der Idee einer verpflichtenden Meinungsäußerung. Der Wunsch nach der Einbindung von „Politik-Abgewandten“ wird insgesamt recht nachdrücklich geäußert, was möglicherweise auf eine wachsende Sorge „der Mitte“ vor erstarkenden Rändern bzw. dem zunehmenden Auseinanderdriften der Gesellschaft hinweist. Das Phänomen des Nichtwählens wird häufig auch als generelles Demokratiedefizit wahrgenommen. (Siehe auch Abschnitt 3.5.4).

*„Ich fände es auch gut, wenn wir häufiger was mitentscheiden könnten, weil viele in meinem Alter haben gar keine Lust zu wählen, weil die sagen, es bringt nix. Wenn man häufiger in einbezogen wird und aktiv was tun kann, dann macht es das für die Menschen vielleicht auch attraktiver, sich damit zu beschäftigen und zu wählen.“* (m, 16-29 J., KS Delmenhorst)

*„In meiner idealen Welt würde die Regierung nicht mit dem Fax arbeiten, sondern ein digitales System programmieren, wo jeder Bürger dazu verpflichtet ist, es bis zu einem gewissen Grad zu benutzen und dort können Volksumfragen stattfinden oder ein Austausch und die Politik hätte sofort die Antworten. Und was ich auch wichtig fände, dass die, die ihre Stimme nicht abgeben wollen oder die auch nicht wählen gehen, dass die das richtig ankreuzen können: ich möchte meine Stimme nicht abgeben, weil ich mit dem System nicht zufrieden bin, dass die nicht unter den Tisch fallen.“* (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)

Innerhalb des breiten Plädoyers für Volksentscheide wird die Mehrheitsmeinung implizit als Entscheidungsmaßstab gesetzt, während die demokratischen Prinzipien des Meinungspluralismus und der Repräsentation von Minderheiteninteressen keine Rolle spielen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass gesellschaftspolitische Vorstellungen der Befragten eher durch alltagsnahe und persönlich erlebte sowie empfundene Bedürfnisfelder bestimmt werden und weniger von demokratiethoretischen oder konzeptionellen Annahmen und Prinzipien.

### **Sachorientierte Gremien – Kombination von Expertise und „Basis“**

Vor dem Hintergrund des allgemein starken Ansinnens, die Sachorientierung politischer Entscheidungen sicherzustellen und dem als zunehmend einflussreich wahrgenommenen

Lobbyismus zu begegnen, wird auch die Idee geäußert, Politik generell „wissenschaftlicher“ zu führen. Hier spiegelt sich der Wunsch nach systematischer Objektivität und Neutralität von Entscheidungen, der verknüpft ist mit einem positiven Wissenschaftsbild „mittig“ orientierter (d.h. nicht populistisch orientierter) Bevölkerungsschichten.

*„Dieses ganze System müsste eigentlich viel wissenschaftlicher geführt werden und nicht so kapitalistisch oder was auch immer, wie es jetzt gerade geführt wird. Bei den Volksumfragen macht man das ja auch, dass man das wissenschaftlich auswertet. Da muss insgesamt eine Systematik hinter sein, die sich etabliert hat, die man halt einfach in der Wissenschaft benutzt, um Sachen auszuwerten, um Sachen sinnvoll abzuwägen, zukunftsorientiert.“ (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Anknüpfend an die Forderung nach einerseits mehr Basisbezug (und -einbeziehung) und nach andererseits mehr Fachexpertise in Politik und politischen Entscheidungen kommen die Befragten in der Diskussion häufig zu dem Schluss, dass für fundierte und sachorientierte politische Entscheidungen eine Kombination beider (und weiterer) Perspektiven sinnvoll wäre.

*„Abschlüsse und das Leben sollten zusammengeführt werden. Politiker dürfen meinetwegen durch ihre Abschlüsse Entscheidungen treffen, aber haben als beratende Stellen Bürger und Bürgerinnen. So, dass ohne die Bürger keine Entscheidungen gefällt werden dürfen. Dass es gemischte Arbeitsgruppen, Arbeitskreise gibt. So wie wir hier sitzen.“ (w, 30-39 J., LK Wittenberg)*

*„Ich bin der Meinung, es ist nicht entweder oder Praxis oder Wissenschaft, sondern beides. Man müsste erst mal die entscheidenden Faktoren entschlüsseln, wovon ist denn so eine Entscheidung abhängig? Wen beziehe ich mit ein? Das ist ja sehr komplex, man braucht ein Allgemeinbild und kann nicht einfach nur sagen, die Arbeiter sollen sich äußern und die Wissenschaft sagt nichts dazu. Alle Bereiche müssen sich beraten, auf einer sinnvollen Ebene kommunizieren und dann die beste Lösung finden für alle.“ (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Eine weitere Ausformulierung des Gedankens, verschiedene Hintergründe und Akteure in politische Entscheidungen einzubeziehen, zeigt sich in dem Vorschlag, themenspezifische, multidisziplinäre Gremien zu schaffen, die stärker lokal verankert sind. Ziel dieser Gremien wäre, zeitnah und unmittelbar greifbare sowie sichtbare Lösungen für konkret und vor Ort erlebte Probleme zu finden. Dieser Vorschlag wird zwar nur vereinzelt geäußert, stößt jedoch auf positive Resonanz.

*„In einer idealen Gesellschaft müssen wir Demokratie tiefer bringen. Weg von dieser zentralistischen Geschichte, sprich vom Bundestag runter auf die Länder, auf die Gemeinden, auf die Landkreise. Man könnte z.B. auf allen Landkreisebenen sogenannte Wirtschafts- und Sozialräte einführen, unabhängig davon, was der Landrat macht. Da müssten Vertreter aus Unternehmen rein und Sozialverbände. Die würden dann die wirtschaftliche Entwicklung steuern, die wissen genau, was sie produzieren können und was nicht, wie die Menschen arbeiten und leben, was man an Wohnungen braucht. Weil die Landräte machen nur so Quasipolitik, indem sie irgendwelches Geld ausgeben.“ (m, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

### **Austausch und „miteinander reden“**

Wie bereits mehrfach erwähnt, spielt der direkte Austausch zwischen verschiedenen Gruppen und Akteuren eine zentrale Rolle in den Vorstellungen der Befragten für eine sachorientierte Lösungsfindung gesellschaftspolitischer Probleme. Dabei geht es um den Austausch zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern, der oft mit der Idee verbunden ist, „zuzuhören, was das Volk will“. Dieser Gedanke geht aber auch oft einher mit der Vorstellung von Politik als eine Art Servicedienstleister für Probleme der Bevölkerung.

*„Ich fänd's gut, wenn die Politiker auch immer wieder die Bürger einladen würden. Ins Rathaus, oder zu Treffen und immer wieder die Dialoge auch suchen, so, wie es hier gemacht wird. Dass sich jemand dafür interessiert, wie es einem geht, ob man Probleme hat.“ (m, 30-39 J., LK Neu-Ulm)*

Zum anderen wird auch dem sachlichen, d.h. nicht machttaktisch motivierten Austausch zwischen Politikerinnen und Politikern eine wichtige Bedeutung beigemessen. In diesen Zusammenhang wird die Forderung geäußert, dass auch Parteien „verschiedenster Richtungen“ miteinander reden müssten, v.a. von Befragten, die sich von den etablierten, demokratischen Parteien entfernt haben und bei vielen Themen populistische Einstellungen zeigen (eher Ostdeutschland/strukturschwach). In der Wahrnehmung dieser Befragter zeigt die prinzipielle Ablehnung von Gesprächen – speziell mit der AfD – eine fehlende Sachorientierung und einen fehlenden, praktischen Lösungswillen der herrschenden Politik.

*„Ganz viele Probleme könnte man lösen, wenn jeder mit jedem redet. Jede Partei mit jeder, auch mit der AfD. Die Themen einfach nacheinander bearbeiten und gemeinsam daraus Schlüsse ziehen. Und nicht die Gegebenheiten aus Prinzip stur ignorieren und alles weiterlaufen lassen.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

### **Initiativen statt Parteien (Ost)**

Ebenfalls im strukturschwachen ostdeutschen Standort wird die Vorstellung einer idealen Gesellschaft auch mit einer generellen Abwesenheit von Parteien und einer stärkeren Präsenz von Bürgerinitiativen verknüpft. Dies spiegelt die in verschiedenen Studien festgestellte schwache Parteibindung in Ostdeutschland wider.

In dieser Sichtweise erscheinen die etablierten Parteien als Instanzen der Interessenvertretung nahezu bedeutungslos. Dem liegt eine tiefgehende Enttäuschung zugrunde, bei der die „alten Parteien“ als „verbrannt“ gelten, da sie Versprechen nicht einzuhalten scheinen, d.h. sich ohnehin nichts ändern. Vor allem jedoch steht dahinter ein Denkkonzept, das „die da oben“ – also die Politik, die Parteien und die Elite – dem „wir hier unten“, also dem Volk, gegenüberstellt und dabei grundlegend konträre, unüberbrückbare Interessen unterstellt. Populistische Parteien werden in diesem Kontext nicht als klassische Parteien wahrgenommen, sondern vielmehr mit dem „wir hier unten“ identifiziert.

*„Deswegen muss man sich auch gar nicht erst mit den Programmen der Parteien beschäftigen. Sie versprechen zwar etwas, aber man weiß genau, was sie versprechen, halten sie nicht. Vor der Wahl ist nach der Wahl.“ (w, 60-75 J., LK Wittenberg)*

*„Ich habe das in den Kommunalwahlen gesehen, da sind lauter freie Bürgerinitiativen angetreten und ich finde den Trend hervorragend. In meiner zukünftigen Gesellschaft gibt es keine Parteien. Bürgerinitiativen sind für mich freier, weil die sich nicht an die die Regeln von oben halten müssen.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

### **Schlankere, effizientere Strukturen**

Der Eindruck, dass die Politik „zu wenig zustande bringt“ und sich nicht um die drängenden Probleme kümmert, wird oft flankiert von dem Vorschlag, den Bundestag zu verkleinern.

*„Warum brauchen wir so einen großen Bundestag? Also der wäre bei mir maximal halb so groß. In großen Gruppen fühlen sich die meisten immer nicht zuständig für irgendwelche Aufgaben. Dann sagen die: ‚Ja, das soll der andere machen.‘ Und genau so fühlt sich für mich Berlin an.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

Wenn die wahrgenommene Ineffizienz, Stagnation und Veränderungsunfähigkeit des „aktuellen Systems“ – welches oft mit dem Begriff „Demokratie“ gleichgesetzt wird (vgl. auch Abschnitt 3.5.4) – vor dem Hintergrund sich verschärfender Krisen als besonders dramatisch wahrgenommen wird, beginnen auch Befragte mit eher moderat-mittigen (d.h. weniger populistischen) Einstellungen „die Demokratie“ zumindest in Ansätzen infrage zu stellen. Diese Gedanken zeigten sich vor allem unter jüngeren Befragten und eher in den ostdeutschen Standorten.

*„Demokratie ist ja alles schön und gut, aber wenn man praktisch am Ende nur noch diskutiert und gar nicht mehr zum Punkt kommt und keine Entscheidung trifft, wozu haben wir denn überhaupt Regierende und Politiker?“ (w, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Irgendwo kann eine Diktatur auch was Gutes haben, wenn man die richtigen Ideale etabliert. Wenn man sicherstellen kann, dass im Namen der Allgemeinheit gehandelt wird und wenn es keinen Machtmissbrauch geben würde, dann wären die Dinge auch einfacher durchzusetzen und auch einheitlicher, auch über die Bundesländer hinweg.“ (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

### **3.5.2 Rolle und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger**

Vor allem an den westdeutschen Standorten (und in Ansätzen auch im strukturstarken, ostdeutschen Standort) werden Bürgerinnen und Bürger tendenziell als mitverantwortlich begriffen für die Gestaltung und das Funktionieren von Gesellschaft und Demokratie.

*„Ich finde es wichtig, dass man in diesen Krisenzeiten nicht immer noch möchte, dass die Sachen noch einfacher werden und immer gleich losrennt und einen Schuldigen sucht. Viele erwarten dann gleich von der Regierung, dass die alle ihre Probleme löst. Und ich finde, man sollte da so ein bisschen, eigenständiger sein und sich fragen ‚Was kann ich selbst tun?‘“ (m, 30-39 J., LK Neu-Ulm)*

*„Jeder hat eine Verantwortung in seinem Leben, an seinem Platz. Sei es für die Umwelt, für die Tiere, für andere Menschen, in einem Ehrenamt egal was. Es ist einfach wichtig, mehr darüber nachzudenken.“ (w, 50-59 J., KS Delmenhorst)*

*„Man bringt sich ja in die Gesellschaft, in die Demokratie nicht nur durch eine Stimme alle vier Jahre ein, sondern das einfach auch dadurch, dass man täglich respektvoll miteinander umgeht. Oder dass man was entgegensetzt, wenn man solche Sachen hört, wie ich sie ich jeden Tag auf der Straße höre, über Migranten zum Beispiel.“ (w, 40-49 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Wo Politikferne und -verdruss höher und populistische Haltungen präsenter sind (im strukturschwachen Landkreis Ostdeutschlands), ist die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger ein weniger präsentenes Gedankenkonzept. Hier zeigt sich in den verwendeten sprachlichen Bildern ein eher paternalistisches Politikverständnis, das die Verantwortung für das Gelingen von Demokratie und Gesellschaft vollständig nach „oben“, d.h. an die Politik, abgibt, die damit auch potenzielles Misslingen und Enttäuschungen verantwortet. In diesem Verständnis werden ressentimentgeladene Unmutsäußerungen und ein Sich-Abwenden von der etablierten Politik als Rebellion und Emanzipation verstanden.

*„Welche Rolle die Bürger haben ... ich weiß nicht, was ich zu diesem Thema sagen soll. Ich schaue Nachrichten. Aber was ich sonst beitragen kann, dazu da habe ich keine Meinung, da kann ich nicht mitreden.“ (w, 60-75 J., LK Wittenberg)*

*„Die Bürger spielen ja alle schon eine Rolle, sonst würde das Ganze nicht funktionieren. Jeder alleine schon mit seinem Job. Sonst würde das Kartenhaus schon lange zusammenbrechen.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

*„Im Prinzip ist es wie in einer Familie. Der Rudelführer, also Mutter und Vater, haben immer eine Vorbildfunktion. Wir Kinder werden in der Regel nur so gut, wie unsere Eltern uns das vorleben. Dadurch, dass wir durch das Internet jetzt wissen, wieviel Geld von den Politikern für Make-up, für Flüge ausgegeben wird, wie gut es denen geht und wie wenig sie sich für uns einsetzen, haben sie das Vertrauen verspielt.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

### **3.5.3 Meinungs- und Pressefreiheit**

Die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit haben für alle Befragten eine generell hohe Relevanz, werden aber im Kontext gesellschaftlicher Ideal- und Zielvorstellungen nur von den Befragten spontan und explizit erwähnt, die die Meinungs- und Pressefreiheit in Gefahr bzw. als nicht mehr erfüllt betrachten.

Befragte, die von bedrohter oder tatsächlich eingeschränkter Meinungsfreiheit sprechen, meinen in der Regel nicht die juristisch garantierte und damit faktisch gegebene Freiheit, die eigene Meinung frei zu äußern. Diese Wahrnehmung ist vielmehr verbunden mit der Vorstellung eines herrschenden „Meinungsmainstreams“, der einen eng abgesteckten „Meinungskorridor“ und eine damit verbundene bestimmte Denk- und Sprechrichtung

vorzugeben scheint, die als „offiziell“ und „richtig“ gilt und alle Meinungen außerhalb dieses Korridors als „falsch“ abwertet.

*„Ich finde die Freiheit wichtig, einfach sagen zu können, was man denkt, ohne, dass jemand anderes das verurteilt. Vielleicht nicht mit mal Worten, sondern schon mit Blicken und dann zieht man sich eher zurück und sagt nichts mehr.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Klar kann ich dir meine Meinung sagen, aber ich muss unter Umständen damit leben, dass ich dafür sofort gesellschaftlich geächtet werde.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Echte Meinungsfreiheit wäre für mich, wenn ich eine Gesprächsbereitschaft und Toleranz spüre gegenüber einer Meinung, die man eigentlich nicht haben darf. Dass das nicht direkt abgewertet wird.“ (m, 50-59 J., LK Wittenberg)*

Die Akteure dieses wahrgenommenen Meinungsmainstreams sind für Befragte mit dieser Sichtweise schwer zu bestimmen. Die aufgeführten Beispiele für „richtige“ und „falsche“ Meinungen weisen aber darauf hin, dass der Gedanke des Meinungsmainstreams mit einer wahrgenommenen kulturellen Deutungshoheit und hohen sozialen Geltung liberal-progressiver, urban-akademischer Milieus sowie mit der politischen Deutungshoheit westlich-bundesrepublikanischer Wertewelten verbunden wird. Als „richtig“ gelten demnach Meinungen, die eher liberal-emanzipatorisch, klima-/ressourcenbewusst, migrationsfreundlich, westlich/transatlantisch oder israelfreundlich ausgerichtet sind. Befragte mit kritischer Wahrnehmung dieses „Meinungsmainstreams“ werfen ihren Trägern („Politik“, „Medien“, „Öffentlichkeit“) vor, diese „herrschende“ Meinung klar positiv zu bewerten und als zwingendes Ergebnis von (historischen und wissenschaftlichen) Lernprozessen zu deuten – d.h. als moralisch richtig, als rational-logisch, als wissenschaftlich-faktisch korrekt. Davon abweichende Meinungen würden dagegen abgewertet als uninformativ, überholt, nicht rational-faktisch, populistisch, verschwörungserzählerisch oder „rechts“. Damit würden Vertreterinnen und Vertreter dieser Meinungen „disqualifiziert“ und gesellschaftlich ausgegrenzt, was diese Meinungen als „unsagbar“, d.h. „nicht öffentlich aussprechbar“ erscheinen lässt. Hierunter werden Haltungen subsumiert, die beispielsweise eher migrationskritisch, „ukrainekritisch/ russlandfreundlich/ pro Frieden“ oder auch israelkritisch sind. Wiederholt und häufig wird im Zusammenhang mit dem Thema „eingeschränkte Meinungsfreiheit“ auch auf den damaligen Umgang der Politik mit kritischen Haltungen zur (damaligen) Corona-Politik zurückgegriffen.

*„Zum Beispiel auch den Medien gibt es so diesen Mainstream. Und eigentlich haben alle außerhalb dieses Mainstreams nicht mehr Recht, die liegen dann total falsch und haben Unrecht. Die Friedensbewegung, zum Beispiel, das ist ja nicht nur AfD, das sind ja auch angesehene Leute. Ich finde, da gibt es jetzt allgemein nur noch eine Richtung: staatstragend.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Es wird viel zu vieles mittlerweile in eine rechte Ecke geschoben, z.B. das mit dieser*

*Flüchtlingswelle. Wenn damit welche überfordert sind? Ab in die rechte Ecke! Wenn du gegen die Coronamaßnahmen warst, warst du AfD-Wähler. Bist du mit denen auf die Straße gegangen, weil das die einzigen waren, die von der Politikseite noch zu dir gestanden haben, warst du ein Nazi. Das ist mit allem so.“ (m, 16-29 J., LK Wittenberg)*

*„Also ich kann da in Teilen andocken an den Gedanken der eingeschränkten Meinungsfreiheit, weil wenn ich was Kritisches über Ausländer sage, werde ich von meinen Multi-Kulti-Freunden als rassistisch bezeichnet. Ich habe ja mal in der Flüchtlingshilfe gearbeitet und es gibt viele nette Menschen, aber es gibt auch viele, die einfach kriminell werden oder mir erzählen wollen, wie ich in meinem Land zu leben habe. Ich möchte mich als westdeutsche Frau anziehen, wie ich will, ohne als Schlampe angesehen zu werden. Und wenn ich sage, sie müssen die deutsche Kultur akzeptieren, sonst sollen sie raus, dann darf ich das nicht sagen und katapultiere mich gesellschaftlich ins Abseits.“ (w, 50-59 J., KS Delmenhorst)*

*„Das ist nicht nur bei der Ukraine so, auch mit Israel. Wenn da Leute dagegen sind, gegen diese Politik, die der Staat Israel da macht, dann wird man gleich als Antisemit hingestellt und wird in eine verkehrte Ecke gestellt.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Während Corona du wurdest ja beinahe verhaftet, wenn du irgendetwas anderes gedacht hast, wenn du nicht geimpft warst z.B.“ (m, 50-59 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Von dieser wahrgenommenen Entwicklung fühlen sich Befragte aus unterschiedlichsten sozioökonomischen und soziokulturellen Kontexten sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Standorten betroffen. Die genaue Definition darüber, ob es sich bei diesem Phänomen um eine potenzielle oder tatsächliche Einschränkung des *Rechtes* auf Meinungsfreiheit handelt, hängt dagegen ab von der generellen Zufriedenheit mit der (persönlichen und ) gesellschaftspolitischen Gesamtsituation sowie mit der damit verbundenen Nähe bzw. Distanz zur etablierten Politik und zum Gesamtsystem. Das heißt, wer generell unzufriedener ist und/oder dem (politischen) System eher ablehnend gegenübersteht (und damit häufig eher populistische Haltungen vertritt), neigt eher dazu, das tatsächliche Freiheitsrecht als eingeschränkt zu betrachten. Diese Definition zeigt sich stärker in den ostdeutschen Standorten.

Die Wahrnehmung einer bedrohten oder tatsächlich eingeschränkten **Pressefreiheit** ist unmittelbar mit dem oben beschriebenen Denkkonzept eingeschränkter Meinungsfreiheit verbunden und folgt derselben Logik, die von denselben Befragten vertreten wird. In dieser Sichtweise zeigt sich eine (drohende oder eingeschränkte) Pressefreiheit darin, dass etablierte Medien die als „richtig“ geltenden Haltungen des „herrschenden Meinungsmainstreams“ wiedergeben und „unliebsame“, konträre Meinungen entweder gar nicht abbilden oder als falsch vorführen bzw. unmittelbar kritisch kommentieren.

*„Du findest im Internet Sendungen, wo Leute reden dürfen, die komplett verschiedene Meinungen haben. Jeder lässt jeden ausreden, der Moderator bewertet das nicht. Das sehe ich auf normalen Sendern nicht mehr. Da laden sie nur einen ein, der eine andere Meinung hat und der wird*

*hingerichtet und zerpfückt.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Eine angemessene Meinungsvielfalt wäre für mich, wenn in Zeitungsartikeln wenigstens zwei, oder drei verschiedene Meinungen dargestellt werden.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Wenn wir die Meinungsfreiheit hätten, würde die Presse nicht immer gleich alles gegen kommentieren. Wenn man etwas äußert, zur Ukraine oder so, kommentiert das die Presse grundsätzlich gegen und versucht, eine andere Wahrheit darzulegen.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

Grundsätzlich wird von Befragten mit einem kritischen Blick auf die Pressefreiheit festgestellt und anerkannt, dass Internet und soziale Medien ein heterogeneres Meinungsbild abgeben, das also vor allem dort auch „andere“ Meinungen geäußert werden können. Ihr Vorwurf richtet sich aber vor allem darauf, dass die großen, etablierten und reichweitenstarken Medienkanäle der oben beschriebenen, liberal-progressiven „Gesinnung“ folgen. Gemeint sind hier vor allem die Medienkanäle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die als „Sprachrohr“ des „herrschenden Meinungsmainstreams“ gelten, was das sinkende Vertrauen in diese Institution erklären kann. Den Akteuren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird – neben einer fehlenden Meinungsheterogenität – außerdem vorgeworfen, konkrete Tatsachen, Fakten und Ereignisse auszublenden und zu unterschlagen, die der herrschenden, progressiv-liberalen Gesinnung sowie einer damit verbundenen, erwünschten gesellschaftlichen Realität widersprechen und die Bevölkerung nicht „beunruhigen“ sollen. In dieser Wahrnehmung wird das nachrichtenrezipierende Publikum, also die Bevölkerung, zudem unterschätzt und entmündigt.

*„Ich glaube schon, dass viele Zeitungen eine gewisse Gesinnung haben, dass die Sachen einfach auf eine bestimmte Art und Weise formuliert werden, basierend auf dieser Gesinnung. Aber gleichzeitig hat man immer noch das Internet und kann auch frei überall Sachen kommentieren und schreiben.“ (w, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Ich schaue mir die die Nachrichten hierzulande an und auch die türkischen, da gibt's totale Unterschiede, was da gezeigt wird. Viel wird verschwiegen, einfach um keine Spannungen reinzubringen. Auch wenn eine gute Absicht dahintersteckt, wird aber trotzdem die Wahrheit verschwiegen. Zum Beispiel über den Nahost-Konflikt wird immer sehr einseitig berichtet in diesem Land.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

*„In den Medienanstalten wird auch aussortiert, was gesendet werden soll und was nicht. Da werden bestimmte Informationen bewusst zurückgehalten, weil man keinen beunruhigen will und weil nicht sein kann, was nicht sein darf. zum Beispiel darf nicht sein, dass die Kriminalität unter Migranten verhältnismäßig höher ist als bei der angestammten Bevölkerung. Keiner gibt da belastbare Zahlen raus. Und gerade bei den Medien, für die wir gezwungenermaßen Gebühren zahlen, sehe ich das als problematisch an.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Beim Thema Russland vermitteln die Medien auch so eine bestimmte Richtung. Ich verurteile, was Herr Putin da macht, aber da gibt es eine Vorgeschichte, da hat der Westen auch Fehler gemacht,*

*da ist vieles ganz anders gewesen, als das jetzt dargestellt wird.“ (m, 30-39 J., LK Neu-Ulm)*

Wo sich die Wahrnehmung einer „verzerrten Realität“ in den öffentlich-rechtlichen Medien gedanklich etabliert, gehen die Befragten erwartungsgemäß auf die Suche nach „alternativen“ Kanälen, wobei sich unterschiedliche Grade von Systemnähe bzw. -distanz zeigen. Während einige Befragte eher auf bekannte, private Medienanbieter ausweichen, die mit einer gewissen Neutralität verbunden sind (wie ntv, T-Online, Yahoo und Google), konsumieren andere Befragte Kanäle, die eine pauschale Systemablehnung vertreten und populistische Haltungen fördern (wie 1TV, BILD-TV, private YouTube-Kanäle oder auch Russia Today). Wiederum andere Befragte scheinen zunehmend generell weniger Nachrichten zu konsumieren und sich eher auf im Bekannten- oder Freundeskreis geteilte Informationen und Meinungen zu stützen – was auch auf die von Befragten oft beklagte Häufung schlechter Nachrichten zurückzuführen ist.

*„Wir gucken immer n-tv, die berichten eigentlich ziemlich objektiv.“ (w, 40-49 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Es gibt genug alternative Kanäle. Es gibt Leute, die schauen russische Nachrichten. Die werden hier wiederum verurteilt. Es gab einmal einen tollen Journalisten, Reitschuster. Den haben sie irgendwann nicht mehr zu den Pressekonferenzen zugelassen. Es gibt 1TV, es gibt BILD TV – man findet genug.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

In allen Standorten gibt es aber auch einen soliden Anteil an Befragten, die den Medien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dezidiert vertrauen und ihnen eine besondere Seriosität und Glaubwürdigkeit zusprechen. Diese Haltung zeigt sich stärker in den westdeutschen Standorten, wird auch sichtbar im strukturstarken Standort Ostdeutschlands, zeigt sich aber am schwächsten im strukturschwachen Standort Ostdeutschlands.

*„Ich fühle mich sehr wohl in so einem Land, wo es Öffentlich-Rechtliche gibt. Die Pressefreiheit wird hier nicht beschnitten. Wenn du 20 Uhr die Tagesschau guckst, bist du gut und seriös informiert.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

*„Bei mir ist es so, dass ich bewusst Öffentlich-Rechtliche schaue. 3sat, Arte oder die Dritten. Weil ich doch eher denke, dass es besser recherchiert ist als bei den privaten Sendern.“ (w, 40-49 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Wenn ich GEZ zahle, dann weiß ich auch, was korrekt ist. Ich möchte nicht die Wahrheit nur auf TikTok erfahren.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

### **3.5.4 Demokratie und Verfassungsordnung**

Die Befragten an allen Standorten betrachten die Demokratie als die ideale Staatsform für die angestrebte Gesellschaft. Die begriffliche Definition von „Demokratie“ ist dabei eher vage und umfassend. „Demokratie“ wird gleichgesetzt mit „unserem gesamten System“ einer

„westlichen Demokratie“, die die gesamte freiheitliche, politisch-demokratische und wirtschaftliche Ordnung einschließt. Damit verbunden sind hohe Output-Erwartungen: Die Demokratie wird tendenziell als ein System verstanden, das dazu bestimmt ist, der Bevölkerung und dem Land Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu bieten, also den Menschen ein „gutes“ Leben zu garantieren. Diese „Leistung“ wird „dem System“ – basierend auf vergangenen Erfahrungen und im Vergleich zu anderen Ländern – grundsätzlich zugetraut. Diese umfassende Definition von Demokratie und die damit verbundenen hohen Erwartungen sind eher implizit und spiegeln sich zuallererst in den von den Befragten geäußerten *Demokratieenttäuschungen* wider.

Die vor dem Hintergrund globaler, multipler Krisen wahrgenommene Abwärtsentwicklung mit (drohenden) Wohlstandsverlusten stellen die Idee des „guten“ Lebens – heute und in Zukunft – infrage und sorgt dafür, dass die Zufriedenheit mit der Demokratieperformanz deutlich unter Druck gerät. Aus der Sicht Vieler stimmt der „Output“ des gesamten Systems nicht mehr, welches sein implizites Versprechen auf Wohlstand, Sicherheit und Freiheit scheinbar nicht mehr einlösen kann: Neben ökonomischen Abstiegszenarien wird die Sicherheit des Landes durch nahe, kriegerische Auseinandersetzungen von Vielen als bedroht wahrgenommen und auch grundlegende Freiheiten wie die Meinungs- und Pressefreiheit werden in Teilen als eingeschränkt erlebt. Das Augenmerk der Befragten liegt in dieser kritischen Sichtweise vor allem auf dem politischen System, welches als hauptverantwortlich für die „Lieferung“ des erwarteten Outputs gesehen wird, aber nicht in der Lage oder willens scheint, diesen Entwicklungen wirksam entgegenzusteuern (siehe Abschnitt 3.5.1).

*„Meine ideale Demokratie wäre auf jeden Fall lobbyismusfrei. Da würden Politiker sich darauf konzentrieren, Probleme zu lösen für die Menschen im Land.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

Der trotz tendenziell sinkender Zahlen wird der als hoch wahrgenommene Anteil der Nichtwähler im Zusammenhang mit dem Stichwort „Demokratie“ häufig – v.a. von politikfernen und jungen Befragten – nicht nur als „Warnsignal“ an die Politik, sondern auch als echtes Demokratiedefizit interpretiert, weil er die Legitimität der gewählten Regierung zu untergraben scheint.

*„Also es müssen definitiv mehr zur Wahl gehen, einfach damit wir von einer wirklichen Demokratie und einer wirklichen Volksvertretung reden können.“ (w, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Die 30%, die jetzt zum Beispiel nicht wählen, diese Stimmen werden glaube ich einfach irgendwo mit reingeschmissen. Die werden dann zu Unrecht verteilt auf die anderen Parteien, die ja von diesen Leuten gar nicht gewählt wurden.“ (w, 16-29 J., KS Delmenhorst)*

In den Befragungsstandorten Ostdeutschlands zeigt sich, dass der Begriff „Demokratie“ stärker mit der Idee von „Gleichheit“ verknüpft ist. Diese Verbindung manifestiert sich vor allem

in der Vorstellung, dass die „Herrschaft des Volkes“, die mit einem „einheitlichen Wir“ verbunden ist, nicht mit der Existenz von „abgehobenen“ Eliten und großen, unüberbrückbaren sozialen Unterschieden vereinbar ist. Diese explizitere gedankliche Verknüpfung von Demokratie und Gleichheit macht die Demokratiezufriedenheit in den Standorten Ostdeutschlands um einen weiteren Aspekt anfälliger.

*„Ideale Demokratie heißt für mich neben Meinungsfreiheit auch Gleichberechtigung als Grundsatz Nummer eins. Also von allen ... von allen sozialen Schichten. Dass es nicht so riesige Unterschiede gibt.“ (w, 40-49 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Also Demokratie ist das nicht mehr – das ist schon fast ein Königreich. Oben gibt es ein paar, die es sich gut gehen lassen und 10.000 Euro im Monat verdienen und unten rackert man sich ab und hat keine Perspektive.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

Obwohl die oben beschriebene Erosion der Demokratiezufriedenheit auch in den westdeutschen Standorten deutlich sichtbar wird, zeigen sich in der Diskussion um „Demokratie“ hier nuancierte Unterschiede zu den ostdeutschen Standorten. Diese Unterschiede sind vermutlich auf (vererbte) sozialisatorische Prägungen zurückzuführen. So wird zum Beispiel vereinzelt die Idee von „Demokratie als Geschenk“ sichtbar oder scheint der der Gedanke durch, dass eine Demokratie nicht nur Output liefern kann, sondern auch Input von den Bürgerinnen und Bürgern braucht.

*„Eigentlich ist Demokratie ein Geschenk an die Menschen, frei leben zu können und die eigene Meinung zu äußern, und zu dürfen. Aber das ist nun mal in der Natur des Menschen, dass er gewisse Geschenke so gar nicht schätzt und mit der anderen Hand wegschmeißt.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

*„Ich finde, wenn einem eine Gesellschaft Rechte und Freiheiten gibt, dann hat man auch gleichzeitig Pflichten. Dass man was beiträgt zur Gesellschaft.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

Nicht zuletzt macht sich – stärker in den westdeutschen, aber auch in ostdeutschen Standorten – die Angst vor einem Abbau der Demokratie durch eine erstarkende AfD bemerkbar.

*„Von der AfD wurden rechtsextreme Aussagen getätigt, die auch zertifiziert wurden, dass es wirklich so war. Und solche Parteien dürfen trotzdem noch weiter existieren. Und ich finde, das ist nicht richtig. Solche Parteien gefährden unsere Demokratie, die gefährden unser Zusammenleben.“ (w, 16-29 J., KS Delmenhorst)*

Trotz der verbreiteten Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis, wird die „Theorie“, also die **Verfassungsordnung**, als solche nicht infrage gestellt. Das zeigen die Reaktionen der Befragten auf ein mit folgendem Wortlaut in die Diskussion gegebenes Ergebnis aus der Repräsentativerhebung: „Einer neueren Studie zufolge ist jeder Fünfte in Deutschland unzufrieden mit der politischen Ordnung, so wie sie in unserer Verfassung festgelegt ist. Wie erklären Sie sich das, was könnten die Gründe dafür sein?“ Viele Befragte verstehen die

Frageformulierung spontan als Frage nach der Zufriedenheit mit der politischen Ordnung bzw. – analog zu den oben beschriebenen Gedankenkonzepten rund um das Thema „Demokratie“ – als Frage nach der generellen Zufriedenheit mit dem „gesamten System“, d.h. mit der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Realität, welche, wie in diesem Bericht mehrfach beschrieben, zunehmend kritisch gesehen wird.

*„Dass jeder Fünfte damit unzufrieden ist, da gehe ich mit. Das sehe ich eben auch an Leuten im Bekanntenkreis. Dass die Leute jetzt schon ihr Auto verkaufen mussten, weil die Sachen zu teuer geworden sind. Man sollte da Leute wie Erzieherinnen und Krankenschwestern viel, viel mehr unterstützen.“ (m, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

*„Mich wundert das nicht, wenn man sich die ganzen Probleme anguckt, die wir hier aufgezählt haben. Mich wundert eher, dass es nur jeder Fünfte ist.“ (m, 50-59 J., LK Wittenberg)*

Einige Befragte – eher an den westdeutschen Standorten und eher Ältere – heben (häufig etwas nachgelagert, d.h. nach kurzer Reflexion) auf das Stichwort „Verfassung“ ab und differenzieren daran anknüpfend deutlich zwischen der Zufriedenheit mit der demokratischen Grundordnung und der Unzufriedenheit mit der demokratischen Realität. In diesem Zusammenhang wird auch auf die eigene, oft fehlende fundierte Kenntnis der „Theorie“ von Verfassung und demokratischer Grundordnung verwiesen.

*„Die Frage ist für mich, ob die Leute mit der politischen Ordnung unzufrieden sind, also sprich, mit der parlamentarischen Demokratie, oder ob sie unzufrieden sind mit dem, was dabei herauskommt. Nämlich, dass für sie keine Politik gemacht wird.“ (m, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Ein Fünftel der Gesellschaft hat einfach auch einen am Wandern ehrlich gesagt und die finden alles Scheiße. Da geht es überhaupt nicht um die Verfassung, hätte man sie nach einem Beispiel gefragt, hätten man keine vernünftigen Antworten gekriegt. Unsere Verfassung, unser Grundgesetz ist im Prinzip perfekt. Klar muss man gucken, ob in der Realität noch alles gut funktioniert, aber an sich kann man ja daran nichts verbessern.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

*„Ganz ehrlich: wer kennt denn die ganzen Verfassungsrechte, die da drinstehen?! Ok, die Würde des Menschen ist unantastbar, das kriege ich noch zusammen, aber dann denke ich schon Mist, wenn ich die jetzt alle aufsagen müsste ... da wäre ich gar nicht aufgeklärt genug, um diese Umfrage beantworten zu können.“ (w, 50-59 J., KS Delmenhorst)*

### **3.6 Soziale Gerechtigkeit und Rolle des Staates**

Der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit spielt in den gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Befragten eine zentrale Rolle. Das Thema bekommt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der durch Globalisierung und Polykrise verursachten drohenden (staatlichen und privaten) Wohlstandsverluste, die vermehrt Fragen der Verteilungsgerechtigkeit ins Zentrum der Wahrnehmung rücken und Sorgen um einen (weiter) schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt schüren.

Oft wird bei der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit zunächst auf „Andere“ verwiesen, auf gesellschaftliche benachteiligte Gruppen, die als erste Verlierer der perspektivischen Wohlstandsverluste gelten. Dabei wird zum einen häufig auf Menschen mit verhältnismäßig geringen Löhnen verwiesen, die in der Wahrnehmung der Befragten hart arbeiten und trotzdem keine Aussicht auf sicheren Wohlstand haben – wie z.B. Beschäftigte in der Pflege, in der Erziehung und/oder im Niedriglohnssektor.

Zum anderen richten sich Sorge und Augenmerk von (eher gebildeten und sozioökonomisch bessergestellten) Befragten auch auf durch ihre Herkunft als benachteiligt wahrgenommene, gesellschaftliche Gruppen, wie z.B. Menschen aus sozial schwachen/gering gebildeten und/oder migrantischen Milieus, wobei die Verbindung zwischen „migrantischen Milieus“ und „Benachteiligung“ eher in den westdeutschen Standorten hergestellt wird. Hinter dieser an die Herkunft geknüpfte Benachteiligung steckt die Sorge vor zunehmendem „sozialen Sprengstoff“ und damit vor einer Gesellschaft, die immer mehr „Abgehängte“ produziert, die nicht nur sozioökonomisch im Abseits stehen, sondern auch soziokulturell, d.h. uninformiert und potenziell desinteressiert sind in Bezug auf gesellschaftspolitische Belange. In diesem Zusammenhang wird einer breit zugänglichen, guten Bildung eine Schlüsselrolle zugeschrieben, die den Befragten mit Blick auf die aktuellen Zustände in diesem Bereich aber eher als Wunschvorstellung erscheint.

*„Ein faires Miteinander und Toleranz basieren darauf, welche Bildung man bekommt und unser System in Deutschland zementiert die sozialen Unterschiede eher. Du kannst mittlerweile schon Grundschüler auf teure Internate schicken, Auf der anderen Seite hast du in Berlin-Neukölln eine Klasse mit 35 Kindern und einer Lehrerin, die 29 Jahre alt ist. Und es kann weder Bildung stattfinden noch Sozialverhalten gelehrt werden.“ (m, 40-49 J., KS Delmenhorst)*

Oft etwas nachgelagert, aber deutlich, zeigt sich die stark (und stärker als in den Fokusgruppen des Deutschlandmonitors 2023) akzentuierte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit natürlich immer auch als Selbstanwaltschaft der Befragten, d.h. als Ausdruck der eigenen Abstiegsängste. Je nach sozioökonomischem Status geht es dabei eher um perspektivische und/oder um bereits stärker spürbare Wohlstandsverluste (durch Arbeit im Niedriglohnbereich, Arbeitssuche etc.). Letztere sind erwartungsgemäß besonders stark im strukturschwachen ostdeutschen Standort vertreten. Unabhängig von der Perspektive und vom sozioökonomischen Status sind typische Zukunftssorgen-Themen, die aus Sicht der Befragten Belange mit sozialer Gerechtigkeit (oder Ungerechtigkeit) verbunden werden: bezahlbarer Wohnraum, Rente, Pflege und Gesundheitssystem.

*„Das Gesundheitssystem ist schon so ein stehender Begriff geworden für Ungerechtigkeit. Ich habe Knieprobleme und da gibt es gute Behandlungen, die ich mir als Aufstockerin einfach nicht leisten kann. Wir driften da auf zwei Gesellschaften hin“ (m, 50-59 J., KS Delmenhorst)*

*„Altersarmut ist ein Riesenproblem. Das Geld wird immer weniger wert. Man bräuchte eine gleiche Absicherung für alle. Dass nach unten hin eine Grenze zieht für alle Menschen, dass man nicht Pfandflaschen sammeln muss. Man sollte im Alter eigentlich noch mehr kriegen als vorher, sonst hat man ja die ganzen Jahre umsonst gearbeitet.“ (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Im Zusammenhang mit dem Thema soziale Ungerechtigkeit beklagen Befragte in allen Standorten Ost- und Westdeutschlands eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die eng verbunden ist mit der Idee einer sich verfestigenden „Zweiklassengesellschaft“, welche in eine zwar nicht theoretisch-rechtliche, aber in eine tatsächlich-praktische Ungleichbehandlung von Vermögenden, (Einfluss-)Reichen und Eliten einerseits und den „normalen“ Leuten andererseits mündet. Die genannten Beispiele verweisen vor allem auf die Besteuerung von Vermögen und Einkommen, zielen aber – etwas vager – auch auf das wahrgenommene Phänomen, dass besonders privilegierte und einflussreiche gesellschaftliche Akteure praktisch „mehr Rechte“ haben, d.h. mehr Ressourcen, um ihr Recht durchsetzen zu können.

*„Ein großer Fußballmacker macht ziemlichen Blödsinn mit Steuern, aber kommt früher aus dem Gefängnis, weil er Einfluss und Geld hat und die Verkäuferin beim Schlecker steckt einen Pfandbon ein und verliert ihren Job. Der, der mehr Geld hat, der ist unterm Strich einfach der, der mehr Rechte hat.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Die untere Schicht, die für den Mindestlohn arbeitet, die kriegt ja nicht mal eine richtige Erhöhung. Mein Chef ist einer der Reichsten in Deutschland und seit über einem Jahr wird rumdiskutiert, ob wir einen Inflationsausgleich bekommen. Die untere Schicht hat eigentlich nicht mal so ein richtiges Rederecht. Die müssen mit irgendeiner Scheiße zufrieden sein. Wenn man reich ist, kann man dagegen viel beeinflussen. Der Chef hat z.B. auf Mallorca einfach noch ein Grundstück neben seinem aufgekauft, damit der seine Ruhe hat. Das ist doch irre.“ (m, 16-29 J., KS Delmenhorst)*

*„Die Relation stimmt einfach nicht mehr. Wir haben zwar den Mindestlohn, der dazu geführt hat, dass ich mir kein Brot mehr beim Bäcker leisten kann. Aber es gibt keine Maximallöhne, es gibt nach oben keine Grenze.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

In Ostdeutschland – insbesondere im strukturschwachen Standort – wird das Thema soziale Ungerechtigkeit vor allem als Vergleich zwischen ‚Ost‘ und ‚West‘ verhandelt. Die Befragten erheben hier den Vorwurf, dass die Menschen in Ost- und in Westdeutschland ‚immer noch nicht‘ gleichgestellt sind. Die genannten Beispiele verweisen häufig auf Löhne und Renten als greifbarste (und öffentlich viel diskutierte) Manifestationen der wahrgenommen Ost-West-Ungleichheit. Gemeint sind aber auch generell-substanzielle sozioökonomische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen (bzgl. Vermögens-/Erbsubstanz, Eigentum, Gesamtlohniveau etc.), die angesichts der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und erst recht mit Blick in die Zukunft – auch durch Leistung und harte Arbeit – nicht überbrückbar zu sein scheinen. Diese wahrgenommene Ungleichheit wird oft als gebrochenes Versprechen der westlichen Politik interpretiert und erzeugt – bei gleichzeitig fehlender Aussicht auf Besserung

– Wut und Enttäuschung. In dieser Sichtweise werden auch die durch multiple, globale Krisen angestoßenen Abwärtsentwicklungen seit Ende der Nullerjahre als Ost-West-Geschichte erzählt, d.h. als Verlängerung der Transformationskrise gedacht. Das heißt, statt des zur Zeit der Wiedervereinigung erwarteten ‚Bergaufs‘ folgte ein durch neue Krisen verursachtes ‚Immer-weiter-bergab‘, wodurch sozioökonomisch weniger resiliente Milieus in strukturschwachen, ländlichen Kontexten stärker unter Druck standen und stehen. Dieses Denkkonzept führt häufig zu einer pauschalen Ablehnung und Beschuldigung „westlicher“ Politiker und Parteien einerseits und zu einer Romantisierung des DDR-Systems andererseits. Es zeigt sich im ostdeutschen, strukturschwachen Standort am stärksten bei Befragten mittlerer Altersgruppen, die zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung noch nicht erwachsen waren. Einige jüngere Befragte wiederum distanzieren sich aber auch von dieser starken West-System-Ablehnung und DDR-Romantisierung.

*„Zur Zeit der Wiedervereinigung dachte man, es wird alles besser. In den ersten zehn Jahren mag das vielleicht so gewesen sein. Aber dann hat sich das wahre Gesicht des westlichen Systems gezeigt. Das ist immer ein schleichender Prozess. Viele wünschen sich die DDR wieder zurück. Von mir aus können wir die Grenze wieder bauen.“ (m, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Es kam nicht so, wie man uns das damals zur Wiedervereinigung verkauft hat: Es sollten alle gleich viel kriegen, den gleichen Lohn wie der Westen und dass es keine Unterschiede mehr zwischen Ost und West gibt. Wenn ich mich in der Gesellschaft umgucke, sind die Unterschiede in Ost und West nach wie vor enorm groß.“ (w, 30-39 J., LK Wittenberg)*

*„Was mich am meisten frustriert ist, dass die Menschen, die ihren Körper für die Arbeit kaputt schinden, in Schichten gehen, in der Regel so wenig Geld haben, dass die Rente nicht ausreicht. Und diese Sesselfurzer da oben verdienen sich dumm und dämlich.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

Die für Befragte in Ost- und Westdeutschland sehr präsenste drohende sozioökonomische Abwärtsentwicklung und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich werden als eine rasante Entwicklung wahrgenommen. Diese Wahrnehmung wird mit der Idee entfesselter Kräfte des Marktes und des Geldes verbunden. Vor dem Hintergrund einer als unwirksam oder sogar ohnmächtig wahrgenommenen Politik werden an allen Standorten Rufe nach einem stärkeren, unterstützenden Staat laut. Dabei wird an eine generelle Regulierung und Umverteilung gedacht, insbesondere in den Bereichen der Daseinsvorsorge und Gesundheit. Im strukturschwachen, ostdeutschen Raum werden diese Forderungen vereinzelt auch auf Verstaatlichungen im Finanz- und Versicherungssektor ausgeweitet.

Der Wunsch nach mehr staatlicher Steuerung erzeugt bei den Befragten in Ost- und in Westdeutschland keinen gedanklichen Konflikt mit der Dimension von „Freiheit“ und wird auch nicht als Präferenz für einen „anderen“ (d.h. „sozialistischen“) Gesellschaftsentwurf gedacht. Die Forderung nach „mehr Staat“ wird eher als notwendige Korrektur angesehen, die das Funktionieren des bestehenden, freiheitlich-demokratischen Systems der Bundesrepublik

durch sozialen Frieden und „soziale Marktwirtschaft“ sicherstellen soll. In dieser Denkweise soll das System also wieder zurück auf den „alten Pfad“ gebracht werden, der in der Wahrnehmung der Befragten in der demokratisch-verfassten Grundordnung angelegt ist.

*„Ich finde eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung total wichtig für eine gut funktionierende Gesellschaft. Das war ja nicht umsonst so bei diesen wirtschaftspolitischen Zielen in den 1970er und 1980er Jahren ein ganz großes Schlagwort. Aber das hat sich immer weiter verschoben in den letzten Jahren. Das ist eine gefährliche Entwicklung.“ (m, 40-49 J., LK Neu-Ulm)*

*„Politik ist ja dazu da, diese Ordnung zu schaffen, also Gerechtigkeit herzustellen. Mit einer noch sozialeren Budgetplanung zum Beispiel.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

Schließlich wird – etwas weniger präsent – auch das Leistungsprinzip als wichtiges, gesellschaftliches Element erwähnt, wobei in den von den Befragten genannten Beispielen wiederholt Gerechtigkeitsfragen thematisiert werden. Zum einen wird auf die Idee von „Leistung muss sich lohnen“ referenziert, wobei häufig auf harte körperliche Arbeit bei relativ niedrigem Einkommen im Vergleich zu „überbezahlten“, akademischen Jobs verwiesen wird oder auch im Vergleich zu Hochvermögenden. Zum anderen wird die Forderung nach mehr Leistung/Eigenleistung gedanklich vor allem auf jene gesellschaftlichen Gruppen bezogen, denen unterstellt wird, auf Kosten des Staates/der Allgemeinheit zu leben – d.h. auf Bürgergeldempfänger/-empfängerinnen und auf Geflüchtete.

*„Ich würde den Leuten, die nicht arbeiten gehen wollen, aber können, kein Geld geben. Ganz klar. Es gibt viele, die das habe ich auch schon im Fernsehen gesehen, die dann sagen: ‚Warum soll ich arbeiten gehen...Ich habe jetzt zwar 200 Euro weniger, dafür muss aber nichts machen‘.“ (m, 40-49 J., LK Neu-Ulm)*

*„Die Asylanten kriegen mehr als wir. Was die sich alles leisten können, Autos und Handy und was weiß ich nicht. Ein normaler Deutscher kann das nicht.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Ja, es muss sich lohnen, was zu leisten. Das heißt für ich aber auch, dass es nicht so sein kann, dass man ohne große Leistung so viel Geld verdient, dass man nicht weiß, wohin damit und sich X Yachten kauft.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

### **3.7 Migration und Integration**

Das Thema Migration spielt als gesellschaftliche Zielvorstellung eher eine Rolle bei Befragten in den westdeutschen Standorten (tendenziell mit höherer Bildung und/oder mit migrantischen Familiengeschichten) und äußert sich primär in dem Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Herkunftsgeschichten.

*„Ich möchte gerne in einer Gesellschaft leben, in der es ein gutes Miteinander verschiedener Kulturen und Nationalitäten gibt.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

Insgesamt und über alle Standorte hinweg aber wird das Thema Migration tendenziell als sich

verschärfendes Problem wahrgenommen und thematisiert. Hierbei werden zum einen Verunsicherung und Sorgen über die als zunehmend wahrgenommene Gewaltbereitschaft von Geflüchteten geäußert („Messerattacken“). Zum anderen wird zunehmender Unmut spürbar über die wahrgenommene Intoleranz Zugewanderter/Geflüchteter gegenüber westlich-emanzipatorischen Werten oder hiesigen kulturellen Traditionen. Und schließlich werden Fragen der Verteilungsgerechtigkeit berührt – v.a. in Relation zu den als zunehmend bedroht wahrgenommenen nationalen (und persönlichen) sozioökonomischen Ressourcen. Vor diesem Hintergrund wird Zuwanderung zunehmend einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterworfen. Die genannten Aspekte werden an allen Standorten explizit, an den westdeutschen Standorten aber etwas moderater und an den ostdeutschen Standorten (v.a. im strukturschwachen Kontext) etwas affektvoller und pauschaler geäußert.

*„Als emanzipierte Frau sehe ich Zuwanderung, vor allem aus arabischen Staaten, sehr kritisch. Vielleicht sollte man gewissen Menschen einfach klarmachen, dass bei uns die Frau einfach wertgeschätzt wird? Wenn ich dort im Urlaub bin, halte ich mich auch an die Regeln.“ (w, 60-75 J., LK Neu-Ulm)*

*„Ich muss alles tolerieren, aber umgekehrt ist es nicht so. Ich habe in der Familie jemanden, der zum Islam konvertiert ist und ich muss als Gastgeber alles respektieren, dass er kein Schweinefleisch isst oder dass Ramadan ist. Und sie sagen, wir sollen kein Weihnachten feiern, wollen aber nebenan ihre Moschee bauen.“ (w, 40-49 J., LK Wittenberg)*

*„Es muss verhältnismäßig sein. Wenn ich keinen Wohnraum habe für meine eigenen Bewohner habe und dann super viele Leute ins Land hole, geht die Rechnung nicht auf.“ (m, 16-29 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

*„Ich habe auch schon oft gehört, dass viele kommen, weil es hier finanzielle Unterstützung gibt. Vielleicht muss man ein bisschen mehr ausgrenzen, wer wirklich kommt, weil dort Krieg ist wer einfach kommt, weil er schauen möchte, was er hier bekommen kann.“ (w, 16-29 J., LK Neu-Ulm)*

*„Ich sage ganz klar: mir ist es egal, was die Kuh für eine Fellfarbe hat, solange sie gut Milch gibt. Also Migranten sind mir persönlich willkommen, aber nur, wenn sie sich daran beteiligen, dass es hier mindestens so gut erstmal bleibt, wie es ist, d.h. wenn sie arbeiten und nicht, wenn sie sich auf dem Sozialsystem ausruhen.“ (m, 60-75 J., LK Potsdam-Mittelmark)*

Befragte mit migrantischen Familiengeschichten – vor allem vertreten im strukturschwachen Standort Westdeutschlands – sehen sich durch die allgemein wahrgenommene, „zugespitzte Lage“ unter Rechtfertigungsdruck. Sie grenzen sich häufiger bewusst von „gewaltbereiten Geflüchteten ab“ und fordern mehr Sicherheit und Ordnung, plädieren aber auch für eine bessere, systematischere Integration.

*„Ich wünsche mir, dass man nicht jemanden verurteilt wegen der Hautfarbe, gerade, dass man da nicht sagt ‚Ach, die sind doch alle gleich!‘ Also die Migranten und die, die später eingewandert oder geflüchtet sind.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

*„Man muss gucken, dass wenn man die Leute reinholt, dass das auch alles mit System gemacht wird und nicht, dass es irgendwie Leute im Land gibt, die kein Teil der Gesellschaft sind und die ganze Woche mit ihrer Gruppe irgendwo rumsitzen.“ (m, 30-39 J., KS Delmenhorst)*

### **3.8 Klimaschutz**

Der Wunsch nach Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Tierschutz spielt innerhalb der gesellschaftlichen Zielvorstellungen im Vergleich zu den Themen „unwirksame Politik“ und „soziale Gerechtigkeit“ eine weniger zentrale Rolle. Er ist vor allem für Befragte aus strukturstarken Kontexten mit höherer Bildung relevant und wird breiter in den westdeutschen Standorten vertreten.

*„Also ich finde so eine intakte Natur, Umwelt für Pflanzen und Tiere auch ganz wichtig. Also das ist zurzeit mit der Erderwärmung und dem Artensterben ein ganz schwieriges und beängstigendes Thema. Auch mit den Umweltgiften.“ (m, 40-49 J., LK Neu-Ulm)*

## **4 Fazit**

Angesichts der dargelegten Ergebnisse scheint es wichtig, von politischer Seite deutlich zu machen, dass „das System“ funktionsfähig ist, d.h. zum einen, dass politisches Handeln in schwierigen Zeiten wirksam ist und zum anderen, dass unsere Demokratie lebendig und wandlungsfähig ist.

Um die politische Handlungsfähigkeit zu verdeutlichen, wäre es sinnvoll, die ernsthafte Sachorientierung der täglichen politischen Arbeit bei der Suche nach Lösungen für die großen gesellschaftlichen und politischen Probleme stärker in den Vordergrund zu stellen. Anhand konkreter Vorhaben könnte verdeutlicht werden, wie diese der Bevölkerung und dem Land zugutekommen und in welchem Zeithorizont – um langfristigen Projekten und Prozessen eine stärkere Legitimität zu verschaffen. Zudem wäre es hilfreich, Schwierigkeiten bei der Lösungs- und Kompromissfindung transparenter zu machen und klarer aufzuzeigen, auf welcher Sachgrundlage Entscheidungen getroffen werden – unabhängig von Parteiinteressen. Die Komplexität politischer Prozesse sichtbar zu machen, sollte auch beinhalten, die begrenzten Handlungsspielräume nationaler Politik aufgrund globaler Verflechtungen darzustellen und zugleich internationale, bilaterale und multilaterale Kooperationen und Lösungsansätze hervorzuheben.

Angesichts der globalen Krisenlage könnte außerdem erwogen werden, offener mit unvermeidlichen Verlustszenarien umzugehen (vgl. Reckwitz, 2024) und die Illusion einer zumutungsfreien Krisenbewältigung zu vermeiden. Dies könnte dazu beitragen, den extrem hohen Lösungserwartungen und der Einforderungsdynamik gegenüber der Politik entgegenzuwirken sowie dem Eindruck, dass eine „bessere“ Politik allein alle Probleme lösen könnte und dazu „dem Volk“ nur „besser zuhören“ müsse. Stattdessen könnte auf politische

Vorhaben und Projekte verwiesen werden, die die Krisenresilienz der Gesellschaft stärken und dabei soziale Gerechtigkeit im Blick behalten.

Um die Lebendigkeit und Wandlungsfähigkeit der Demokratie zu demonstrieren und dem Wunsch nach Austausch und Rückkopplung zwischen Bevölkerung und Politik nachzukommen, wäre es sinnvoll, Partizipationsformate wie Bürgerräte weiterzuentwickeln und auszubauen (Mau, 2024). Für eine breite Akzeptanz und Legitimität dieser Formate sollte dabei perspektivisch verstärkt an der rechtlichen Verbindlichkeit der dort getroffenen Entscheidungen gearbeitet werden. Formate dieser Art könnten verschiedene in der Studie aufgezeigte Probleme adressieren. Neben der Komplexität politischer Herausforderungen und Entscheidungen würde hier auch die Heterogenität unterschiedlicher Interessen sichtbar – und damit die Abwesenheit eines einheitlichen Volkswillens. Zudem bieten Formate dieser Art einen Raum, in dem ein vielfältiges Meinungsspektrum ohne Wertung abgebildet werden kann. Sie ermöglichen den Beteiligten, sich als Teil des Ganzen und als Träger gesellschaftspolitischer Verantwortung zu verstehen. Gleichzeitig eröffnet sie die Chance, sich des breiten gesellschaftlichen Konsenses über grundlegende Werte und Zielvorstellungen bewusst zu werden und ein Wir-Gefühl zu erleben.

## **5 Literaturverzeichnis**

Mau, S. (2019). *Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Mau, S. (2024). *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte - Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Reckwitz, A. (2024). *Verlust - Ein Grundproblem der Moderne*. Berlin: Suhrkamp Verlag.